

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer wie gewöhnliche Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7879.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 27. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Die Gewerbe-Aufsicht in Preußen und die Arbeiter.

II.

Auch die durch die Arbeiterpresse mitgeteilten Beschwerden geben einem Aufsichtsbeamten, dem zu Arnberg, Gelegenheit, sich über diese Konkurrenz zu äußern. Er meint, daß die Besuche der Arbeiter in einem auffallenden Mißverhältnis zu den zahlreichen Klagen stehen, die in den im Bezirk erscheinenden, von organisierten Arbeitern herausgegebenen Tageszeitungen veröffentlicht wurden. Nun, wenn die Arbeiter ihre Beschwerden den Zeitungen übermitteln, brauchen sie eben nicht zum Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu gehen! Die Beamten zu Erfurt, Schleswig, Hildesheim, Lüneburg konsultieren ohne Bitternis, daß sie durch die Arbeiterpresse über zahlreiche Mißstände informiert wurden, in Lüneburg sogar „über die meisten Beschwerden und Klagen“. Keiner beschwert sich über unrichtige Mitteilungen, nur der Arnberger Beamte erhebt darüber ein großes Bedauern, daß die Beschwerden nach den angestellten Ermittlungen den zu Grunde liegenden Thatsachen häufig nicht entsprechen, sondern oft Unrichtigkeiten und Uebertreibungen enthalten. Der Beamte würde sich nichts vergeben, wenn er in jedem Einzelfalle derjenigen Zeitung, die unrichtige Mitteilungen brachte, davon Kenntnis gegeben hätte; es würde dann gegenseitig eine bessere Kontrolle möglich sein als bei solch summarischem und spätem Urteil!

Webrigens fordert die sonderbare Rücksicht, welche die Arnberger Inspektion gegen das Unternehmertum zeigt, aufs allerhöchste die Kritik heraus und zwar nach den eignen Mitteilungen des Beamten. Im Bericht heißt es nämlich:

„Als sehr gesundheitsgefährdend muß die Sand-aufbereitung in manchen Messinggießereien angesehen werden. Der heiße Formsand wird nämlich, nachdem er aus den Formlöcher ausgekühlt ist, vielfach mit Wasser beschüttet, damit er behufs Wiederbenutzung schnell abtrocknet. Die hierbei aufsteigenden Dämpfe reizen heiße Sandtheile mit empor und verbreiten sie durch den ganzen Arbeitsraum, wo sie die Arbeiter räudig einatmen müssen. Vermeidung wird dieser Uebelstand dadurch, daß der heiße Sand nicht mit Wasser begossen, sondern mit saltem, feuchten Formsand abgedeckt wird, worauf er bis zur Erstarrung liegen bleibt. Leider mangelt es in den Gießereien an Zeit und Raum, um diese Vorrichtungen durchzuführen. Bei Neuanlagen für Gießereien sollte für die Sandaufbereitung ein besonderer Raum hergerichtet werden.“ Also erst bei Neuanlagen? Kein Herr Gewerbe-Beamter, bei solchen Mißständen sind Sie verpflichtet, für sofortige Abhilfe zu sorgen; § 120a der Gewerbe-Ordnung bietet Ihnen dazu genügend Macht. „Mangel an Zeit und Raum“ ist keine Entschuldigung, denn nirgend sagt die Gewerbe-Ordnung, daß auf des Unternehmers Geldbeutel Rücksicht zu nehmen ist, der durch Vergrößerung der Werkstätte und Verlängerung der zur Produktion erforderlichen Arbeitsdauer getroffen werden könnte, sondern nur auf die Natur des Betriebes. Da Sie aber selbst wissen, daß die Natur jener Betriebe ein für die Arbeiter gesundheits- und schädliches Verfahren ermöglicht, so ist es Aufgabe der Gewerbe-Aufsicht, sofort und überall diese bisherige Beweismittel der Arbeiter zu verhindern!

Man sieht, es giebt noch recht sonderbare Anschauungen in der preussischen Gewerbe-Aufsicht, und man braucht sich durchaus nicht zu wundern, wenn die Arbeiter noch immer zögern, ihre Beschwerden bei ihr vorzubringen — müssen sie doch besorgen, daß selbst solche schreienden Mißstände wie die in den Messinggießereien erst bei Neuanlagen als unzulässig erklärt werden! Nun — nicht alle preussischen Aufsichtsbeamten sind so schroff in ihren Urteilen über die Arbeiter und so mißde gegen die Unternehmung wie der Arnberger. In erfreulicher Weise ist vielmehr, wie wir schon erwähnten, der Eifer der Beamten zu Gunsten der Arbeiter und damit deren Vertrauen zu der Gewerbe-Aufsicht gestiegen.

Auch die zwei Assistentinnen und die eine Aspirantin, die in Berlin (Hil. Reichert, Hil. v. Vermögens-Förder) und in M.-Gladbach (Hil. Schloffer) im Jahre 1901 angestellt waren, verstanden es, sich das Vertrauen der Arbeiterinnen zu erwerben. Der Berliner Bericht teilt darüber zwar nur mit, daß die Assistentin häufig von Arbeiterinnen aufgesucht wurde, auch von weiblichen Vertrauenspersonen. Der Bericht aus M.-Gladbach aber hebt ausdrücklich hervor, daß die Bemühungen der Assistentin, den Arbeiterinnen ihres Dienstbereichs näher zu treten, bereits den Erfolg erzielte, daß die anfängliche Zurückhaltung ihrer Schutzbefohlenen allmählich schwindet. Der Besuch ihrer Sprechstunden hat gegen das Vorjahr zugenommen, und die Assistentin glaubt auch bei andern Gelegenheiten, die sie mit den Arbeiterinnen zusammenführt, wahrzunehmen, daß man ihr in zunehmendem Maße Vertrauen entgegenbringt. Einen durchschlagenden Erfolg ihrer Thätigkeit meint sie aber erst dann erwarten zu können, wenn es gelänge, bei den Arbeiterinnen ein besseres Verständnis für die Zwecke und Aufgaben der weiblichen Fabrikaufsicht zu wecken, „als es zur Zeit noch im großen Durchschnitt vorhanden ist“.

Eine sehr zutreffende Bemerkung! Dieses bessere Verständnis wird aber bei den Arbeiterinnen wie bei den Arbeitern nur erreicht, wenn sie sich einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen und daher müssen alle Gewerbe-Aufsichtsbeamten, denen es mit Erfüllung ihrer Aufgaben ernst ist, mit diesen Organisationen der Arbeiter in enger Fühlung stehen und deren Bestrebungen, den papierenen Arbeiterschutz der Gewerbe-Ordnung zur That werden zu lassen, in jeder Weise fördern, nicht aber sie zu diskreditieren suchen und eine Art patriarchalisches Wohlwollen aufstelle der wirklich objektiven Abwägung von Rechten und Pflichten setzen zu wollen; das gelingt ihnen ja doch nicht!

### Englisches Königtum.

London, 24. Juni.

Am Donnerstag sollte die festlich-pompohafte Krönung Edward VII. stattfinden, doch ein jähes Schicksal ist herein gebrochen über den zu Krönenden. Gerade da das Britenreich nach den Bedrängnissen des südafrikanischen Krieges seine Macht und Herrlichkeit vor aller Welt in den Symbolen des Krönungsaktes offenbaren will, wird der König von schwerer, lebensgefährlicher Krankheit ereilt. Die Schatten des Todes senken sich auf die zahllosen Massen der Festbereiten.

So tragisch jedoch des erkrankten Königs Schicksal erscheint, darüber war der König selbst sich nicht im Unklaren, daß das Fest nicht ihm gehört hätte, sondern dem Gedanken des „großen Britannien“, dem Empire!

Eduard VII. kennt die Unwirklichkeit seiner Lage. Seinen Geschichtsunterricht erhielt er nicht in den altersgrauen Hallen von Oxford. Prinzen lernen nicht auf der Schulbank. Ihr Erzieher ist einzig und allein die Nation, die herrschende Klasse oder die sich zur Herrschaft emporringende Klasse der Nation. Und das aufsteigende englische Bürgertum hat seiner Mentorenpflicht so gründlich Genüge gethan, daß es noch im Niedergange sowohl das Königtum wie das Proletariat in Schranken hält.

Nicht die Auferstehung des Royalismus kann in England gefeiert werden. Die absolute Monarchie sank mit Heinrich VIII. ins Grab und mit der Enthauptung Karls I. im Jahre 1649 in Whitehall wurde die englische Krone in Stücke geschlagen. Die Klasse, die ihren König richtete, wurde souverän. Die Machtvollkommenheit der Monarchie ging auf das Parlament über. Seit 1689 ist das Parlament die Quelle aller Macht. In jenem Jahre wurde der Grundstein zur englischen Demokratie gelegt. Denn nicht in der Erzwingung von Verfassungen, nicht in der Uebertragung der Souveränität von der Monarchie auf das Parlament ist der Beginn der Volksherrschaft zu suchen. Erst dann bedeutet die Ausdehnung des Wahlrechts eine Entwicklung der Demokratie. So lange das Parlament nicht souverän ist, so lange die Minister nicht von den Vertretern des Volkes, sondern von der Krone berufen werden, sind alle politischen Reformen im Grunde nur Scheinreformen, auch wenn sie hundertmal gesetzlich festgelegt wären. England hat keine geschriebene Konstitution im kontinental-europäischen Sinne. Die Vertreter des Volkes sind die Konstitution.

So weit das geschriebene Gesetz in Betracht kommt, ist die englische Krone beinahe unbeschränkt. Es giebt kein Gesetz, das den König zwingen könnte, aus der parlamentarischen Mehrheit die Minister zu berufen und sie zu entlassen, sobald sie das Vertrauen der parlamentarischen Mehrheit nicht mehr haben. Die Minister sind Minister des Königs. Der König ist Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte. Er ist das Haupt der anglikanischen Kirche. Er ist der oberste Richter. Er kann Gesetzesvorlagen annehmen oder verwerfen.

Alles das in der Theorie.

In Wirklichkeit ist der König machtlos. Die englische Krone ist eine altertümliche Dekoration, hinter der sich ein solides, modernes Gebäude befindet. Die englische Monarchie ist eine Fiktion; das englische Parlament eine Realität. Das königliche Vetorecht wurde seit dem Beginn des achtzehnten Jahrhunderts nicht mehr ausgeübt. Armee und Flotte sind vollständig vom Parlament abhängig. Die Regierung ist nur die Exekutive, der Ausschluß der parlamentarischen Mehrheit. Findet eine wichtige Vorlage der Regierung keine Mehrheit, so tritt die Regierung zurück. In Deutschland ist das Parlament eine Fiktion und die Krone eine Realität. Findet eine wichtige Regierungsvorlage keine Mehrheit, so wird das Parlament nach Hause geschickt.

Mit dem Sturze der Stuarts (1688) verschwand aus der englischen Geschichte das Königtum voll Gottes Gnaden und an seine Stelle trat das Königtum von Parlaments Gnaden. Wilhelm von Oranien regierte auf Grund eines Vertrages (Declaration of Rights), der die errungenen religiösen und bürgerlichen Freiheiten garantierte. In der Zeit der ersten zwei George, die aus Hannover auf den englischen Thron berufen wurden, war die Krone ganz unter Vormundschaft. Georg I. verstand kein Wort Englisch und verbrachte sein Leben in der Gesellschaft von geldgierigen Frauen und Höslingen. Georg II. blieb, gleich seinem Vater, sein Leben lang ein Fremdling auf englischem Boden. Georg III., ein beschränkter Despot, der es in Deutschland wohl zu einer starken Regierung gebracht hätte, verschuldete zum großen Teil den Abfall der nordamerikanischen Kolonien von England. Die Neu-Engländer kämpften auf amerikanischem Boden noch einmal den Kampf, den ihre Vorfahren gegen die Stuarts ausgefochten hatten. Auch in England führte das despotische Gebahren Georgs des Dritten, der es mit Hilfe von Korruption geltend machen wollte, zu einer parlamentarischen Debatte über die Stellung des Königtums. Am 6. April 1780 stellte der Abgeordnete Dunning seine historische berühmten Anträge: „1. daß der Einfluß der Krone zugenommen hat und noch zunimmt und deshalb beschränkt werden müßte, 2. daß das Haus das Recht hat, die Ausgaben des Königs zu prüfen und die vorgeschundenen Mißbräuche abzustellen.“ Der erste Antrag wurde mit

223 gegen 215 Stimmen und der andre ohne Abstimmung angenommen. Später gelang es dem jüngeren Pitt, die königlichen Intriguen und Forderungen in Schranken zu halten, bis endlich Georg der Dritte dem Wahnsinn verfiel und die Krone wieder ganz unter die Kontrolle des Parlaments gelangte. Georg der Vierte hatte sich schon als Kronprinz durch ein zielloses lächerliches Leben ganz unmöglich gemacht. Sein Nachfolger, Wilhelm der Vierte, war zu einfüßig, um der dem Höhepunkt der Macht zustrebenden Bourgeoisie irgend welche Achtung einzufößen. Fadencheinig und schamlos war der Purpurmantel, der auf die Schultern der jungen Königin Victoria fiel, der es an jedem Talente fehlte, ihm neuen Glanz zu geben. Und es ist sicherlich nicht das Verdienst ihrer legendären Tugend, daß die königliche Würde in den letzten Jahren des neunzehnten Jahrhunderts zu Ansehen gelangte. In der Regierungszeit Victorias sind zwei Perioden zu unterscheiden. Die erste reicht bis ungefähr 1885, die andre bis zu ihrem Tode im Jahre 1900. In der ersten Periode erreichte der Royalismus seinen Höhepunkt. Die Bedeutung der Krone sank bis auf Null. Die Peel, Palmerston, Russell und Gladstone haben als Premierminister ihre Geringschätzung der Hannoveraner gegenüber nie verholen. Erst mit dem Aufsteigen des Imperialismus entdeckte die Presse die Tugend der Königin und brachte dem Volke den Respekt von der Krone wieder bei.

Stellten die liberalen Minister es für nötig, die Königin zu demütigen, so unternahm weltliche internationale Finanzleute die Mentorenrolle über Albert Eduard, dem Prinzen von Wales, indem sie seine zerrütteten Finanzen regulierten und für die Befriedigung seiner Gelüste sorgten. Mit Hilfe von kosmopolitischen Gelehrten deuteten ihm die Rhodes, Rothschild, Gisch, Wilsons, Morgans die Bedeutung des modernen Absolutismus: die Krone des Empires gegen die Demokratie! Imperialismus gegen Volksfreiheit!

In der Westminsterabtei, inmitten der Marmorstatuen von Englands Helden, sollte nun das Empire und nicht Eduard VII. gekrönt werden. Das heilige Del, daß der Erzbischof von Canterbury auf die Stirn des Königs streichen sollte, könnte in ihm keine royalistischen Illusionen wecken. Die englische Krone ist seit zwei Jahrhunderten in Scherben geschlagen. Von ihr haben Freiheit und Fortschritt nichts zu fürchten und auch nichts zu erwarten. Allein hinter dem König steht die Großfinanz und eine unumwundene Proletariatsmasse. Eine halbe Million der Londoner Armen sollten am King's dinner, am Mittagessen des Königs, speisen, das von den Borsenleuten bezahlt wird, und die Massen loben die Herzengüte und Menschenfreundlichkeit Eduards VII.

Als zwanzigjähriger Prinz meinte zu Anfang der sechziger Jahre der jetzige König, er werde noch vor Schluss des Jahrhunderts einem Präsidenten der britischen Republik Platz machen müssen. Er hat nur zu Gunsten des Großkapitals abgedankt. Er weiß, daß seine Krönung nichts bedeutet außer der feierlichen Einleitung der imperialistischen Aera.

Die Ereignisse in England vollziehen sich gegenwärtig mit einer solchen Schnelligkeit, daß die historischen Unterschiede augenfällig werden. Was man mit dem vagen Ausdruck Imperialismus bezeichnet, erweist sich als Neomerkantilismus, als die Wiederannahme des Merkantilismus auf einer höheren Stufe. Die neue Aera wird eingeleitet durch Kornzoll, imperialer Zollverein, Navigationsakte, Zurückdrängung der Volksbildung und Erstarkung des Staatsgedankens. Das Merkantilssystem war die Politik der aufstrebenden Bourgeoisie und der aufstehenden absoluten Monarchie im Gegensatz zum Feudalismus. Es bedeutete jenes System von Gesetzen, durch welches der nationale, centralisierte Staat sich auf den Ruinen des mittelalterlichen Lebens begründete. Der nationale Staat konnte nur entstehen, indem die gutsherzlichen, municipalen und kirchlichen Sonderrechte hinweggeräumt wurden. Absolutes Königtum und Bourgeoisie unterstützten sich gegenseitig in diesem Werke. Beide hielten das Proletariat durch zahlreiche Ausnahmegesetze nieder. Beide bereicherten sich mit Hilfe des Schutzollsystems.

Das Merkantilssystem brachte den nationalen Staat hervor. Der Neomerkantilismus will nationale Staaten in ein Empire, in ein Weltreich zusammenschweißen und centralisieren. Das Merkantilssystem zerbrach Korporationen; der Neomerkantilismus zerbricht nationale Existenzen, zertritt die freie Individualität und beseitigt die Errungenschaften der Demokratie. Das Merkantilssystem brachte Schutzzölle für die entstehende Industrie. Der Neomerkantilismus verlangt Schutzzölle für die Absatzmärkte; er verlangt imperiale Zollvereine. Es scheint, als rüstete sich das Kapital zu seiner letzten welt-historischen That.

Marx sagt irgendwo, die Bourgeoisie begann mit dem Staat und wird mit dem Imperialismus endigen. Er sagte dies, wenn wir nicht iren, im Jahre 1870. Es waren prophetische Worte.

Nur muß die Bourgeoisie in einem organisierten, zielbewußten Proletariat ihren Gegner finden. Diesen hat sie in England noch nicht. Die bürgerliche Demokratie tröstet sich mit John Morley, den größten Teil ihres Lebens

im 19. Jahrhundert verbracht zu haben. Die Arbeiterklasse hat sich von der Bourgeoisie noch nicht gelöst und das Großkapital feiert ungestört seine Triumphe. Die hervorragendsten Gestalten in der Westminsterabtei sind heute Chamberlain, Beit und Pierpont Morgan . . .

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juni.

#### Kludergeschrei.

Seitdem der Herr v. Redlich infolge der durch Honorarrechnungen nachgewiesenen Kanalintrigen seines hohen Amtes verlustig gegangen ist, arbeitet er offen für die journalistische Fronde und ist bemüht, durch möglichst naturalistische Porträtirung der Person Wilhelms II. die Leute des neuen Aufwuchs einzuschüchtern, um sie für die Zwecke der Scharfmacher und Junker gefügig zu machen. Die kaiserlichen Charakterzeichnungen dieses fabelhaft echten Monarchisten sind immer noch dem Rezept gearbeitet, daß zwischen den Zeilen die Drohung zu lesen ist: Wenn ihr Euch nicht unsern Wünschen fügt, dann werde ich mal die ganze Wahrheit geigen und dann —!

In den „Hamburger Nachrichten“ veröffentlicht der genannte freikonservative Abgeordnete Betrachtungen über „das persönliche Regiment“, denen folgende Stellen entnommen seien:

„Die Krefelder Infarengeschichte wird an sich wohl keine praktischen Folgen haben, sondern im Sande verlaufen. Wenn nicht die Stadtverwaltung selbst schon so verständig ist, den Plan an den dießhalb an die Stadt zu stellenden Anforderungen scheitern zu lassen, so wird die Sache zwar dem Kriegsminister einige alldauer nicht unbedeutende unangenehme Stunden bereiten, aber mit der Ablehnung der bezüglichen Forderung im Reichstage endigen. Eigentlich müßte schon das Reichs-Schatzamt ein entscheidendes Veto einlegen, allein das ist bei der Schwäche der Position dieser Centralstelle selbst bei so schlechter Finanzlage nicht zu erwarten, ebenso wenig eine Absehung im Bundesrat. Ungleich größer ist die symptomatische Bedeutung des Vorganges. — Vor allem aber leben wir nicht mehr im absoluten Staate und das persönliche Regiment des Herrschers ist nicht nur durch die verfassungsmäßigen Rechte der Volkvertretung beschränkt, sondern auch an die Wirkungen selbständig verantwortlicher Minister gebunden. Es ist ein plausibles Versehen unverkennbar, jene Schranke des persönlichen Regiments zu beseitigen. Kaiser Wilhelm II. sieht in seinen verantwortlichen Räten im Reiche und in Preußen ausnehmend allein ausführende Organe seines Willens. Das Wort vom „Handlanger“ spiegelt wohl durchaus richtig seine Auffassung von der Stellung des Monarchen zu seinen Ministern wieder. Wie sehr dies in den zunächst beteiligten Kreisen empfunden wird, geht aus einer Kränkung hervor, welche ein unlangst verstorbenen hiesiger Staatsbeamter gelegentlich einer der parlamentarischen Abende dieses Jahres gethan hat. Er meinte, daß Herr v. Redlich nicht sowohl wegen der Konstitutionsfrage, sondern deshalb herbeigeführt worden sei, weil er ver- s u h t h a b e, im Sinne seiner politischen Verantwortlichkeit die Entscheidungen des Kaisers zu beeinflussen. Die Wichtigkeit der Version kann dahingestellt bleiben, sie ist aber jedenfalls für die Stimmung in obersten Kreisen der Beamenschaft bezeichnend. Unter dem hier in Rede stehenden Gesichtspunkte gewinnt auch die zunehmende Militärarisierung des preussischen Staatsministeriums eine besondere, aber keineswegs unbedeutliche Bedeutung. Früher repräsentierte allein der Kriegsminister das militärische Element im Staatsministerium. Seit der Staatssekretär im Reichs-Marineamt Mitglied des Staatsministeriums und das Landwirtschafts- und Arbeitsministerium mit Generalen außer Dienst besetzt sind, gehören dem Staatsministerium nachgerade vier Männer an, welche ertragen und gewohnt sind, Willensäußerungen des obersten Kriegsherrn gegenüber mit den Sporen zusammenzuschlagen und zu sagen: „Zu befehlen, Euer Majestät!“ Die letzte Ministerernennung, bei der es sich um ein Resort von der allergrößten Bedeutung handelt, verdient daher auch unter diesem Gesichtspunkte besondere Beachtung. In einem wesentlichen Punkte aber unterscheidet sich der Krefelder Vorgang und nicht zu seinem Vorteil von der preussischen Königsheerlichkeit des achtzehnten Jahrhunderts.“

Der charakteristische Unterschied zwischen dem Könige, welcher den Junkern gegenüber seine Autorität wie einen rochor do bronco stabilisierte, und seinem großen Sohne einerseits und dem Abolitionismus des roi soleil und seiner Nachfolger andererseits war bekanntlich der, daß jene Preußenkönige sich allein von der Staatsraison und der salus publica leiten ließen und persönlichen Neigungen, Liebhabereien und Impressionen keinen Einfluß auf ihr Regiment gestatteten. Sie waren als Regenten die Verkörperung des antiken Imperativs der Pflicht, und darauf beruht zum großen Teil ihre Größe und ihr Verdienst um Preußen und Deutschland. In den Rahmen ihrer strengen Auffassung ihres Herrscherberufs paßt der Krefelder Vorgang doch nicht ganz hinein. Das ist an sich nicht eben erfreulich, aber andererseits politisch so unerwünscht als möglich. Denn es führt der ohnehin schon weitverbreiteten Ansicht neue Nahrung zu, daß Liebhabereien, Stimmungen und sonstige Momente subjektiver Art sich jetzt sehr viel stärker geltend machen, als dies sachlich gerechtfertigt ist. Wie stark gerade Auffassungen dieser Art dazu beigetragen haben, den Kanalstreit zu verschärfen und die Verständigung zu erschweren, ist noch in frischer Erinnerung. Auch vom Standpunkte der monarchischen Autorität ist es natürlich zu beklagen, wenn der Befürchtung, daß Liebhabereien und Tagedeindrücken ein größerer Einfluß eingeräumt wird, als gut ist, neue Nahrung zugeführt und weitere Verbreitung gegeben wird, genau so, wie es derselben keineswegs förderlich sein wird, wenn demnächst der Reichstag seine Zustimmung zu der Verlegung eines Infarengregiments an den Hauptstift unfrer Sommer- und Seidenerindustrie verweigert und so die den Krefelder Ehrenjungfrauen gegebene Zusage unerfüllt bleibt. Die Zusage selbst ist natürlich nichts als das Produkt einer durchaus harmlosen Augenblicksstimmung, und muß an sich unter diesem Gesichtspunkte beurteilt werden. Das, was berechtigtes Aufsehen erregt, ist der schwer abzuweisende Eindruck, den man aus dem Vorgang betreffs gewisser Grundanschauungen Kaiser Wilhelms II. erhält.

In diesen Ramesmut grimassierenden Ausführungen ist ja gewiß vieles richtig. Aber diese Auslehnung und Empörung ist doch nichts andres wie das Verfahren eines Kindes, das seine Puppe durchaus auf den Kopf stellen will, und wenn sie democh umfällt, jämmerlich schreit, als ob das Geschrei die Naturgesetze der Schwere ausheben könnte.

Die Anklage gegen die Person des Monarchen sind im Munde eines konservativen Royalisten zwar pikant, aber sie gleiten wendelos an der Sache vorbei. Nicht der Monarch ist schuldig, sondern die Monarchie, die preussisch-deutsche insbesondere. Wilhelm II. ist nur einmal so wie er ist. Der Erbmonarchismus gestattet nicht, daß das Volk sich die Form des Temperaments, des Charakters und der Intelligenz aussucht, die es für nützlich zur Ausübung der höchsten Regierungsgewalt hält. Man muß sich vielmehr in die zufällige Wesenheit finden, die gerade zur Regierung gekommen ist. Es ist kindisch, ungerecht und niedrigster Zettelismus, wenn man der Person anrednet, was die Institution notwendig gewirkt. Herr v. Redlich hat das Verdienst, reiches Material gegen den Monarchismus, nicht gegen den Monarchen herbei zu schleppen. Wollen die Konservativen die Konsequenzen ziehen und nach Beseitigung ihres ebenso heftigen wie wahrhaftigen monarchischen Gefühls, um den bellagten Nebeln abzuhelfen, für die republikanische Staatsform agitieren?

Zum wenigsten aber müßten sie wenn sie nicht so weit gehen wollen, diese dreiviertelabsolutistische Verfassung des Reichs und Preußens ändern, die auch ein minder aktives Temperament als das Wilhelms II. mit Naturgewalt zum persönlichen Regiment führen muß. Die Individualität des Monarchen läßt sich nicht korrigieren, wohl aber die Verfassung so ändern, daß sie der Energie des persönlichen Willens staatsrechtliche Schranken setzt.

Neben der Verfassung tragen aber in erster Linie die bürgerlichen Parteien und die Parlamente die Schuld an der Entwicklung des persönlichen Regiments. Treibt man nicht unablässig den eklektischen Phantasmionismus? Wetteifert man nicht darin, auf alle Wünsche der Krone, und seien sie noch so „individuell“, einzugehen? Ist nicht gerade seit der Regierung Wilhelms II. die bürgerliche Opposition so gut wie ausgestorben? Man trägt der Krone die Erfüllung jeden Wunsches entgegen — und dann beklagt man sich über das persönliche Regiment. Welch eine Selbstverhöhnung! Ja, es hat sich ja sogar neuerdings ein radikal gesprochtes Parteichen aufgethan, das allen Ernstes die samose Lehre aufstellt, lange Politiker müßten, anstatt ihre Grundsätze durchzukämpfen, durch lakonische Anpassung an die zufällige Art des Monarchen Vorteile erlöscheln!

Die bürgerlichen Parteien, der Reichstag und das preussische Abgeordnetenhause sind auch mit viel größerem Rechte anzulagen als die Minister und der Bundesrat. So lange es mit absoluter Machtvollkommenheit ausgestattet Monarchie giebt, werden sich stets auch Leute finden, die ihnen ministerielle Aufwartungsdienste leisten. Auch Bismarck wollte ja — in der Theorie! — nur ein treuer Diener seines Herrn sein. Warum sollte da Herr v. Thielens sich nicht glückselig freuen, wenn ihm sein König in einem Abschiedsschreiben „für die mannhafte Art“ dankt, „mit der Sie jederzeit meinen Intentionen gefolgt und die großen Aufgaben auf dem Gebiete des Verkehres bewiesen vertreten haben“.

So ist die Redlichkeit in jedem Betracht schief und unlogisch. Freilich ist sie auch nicht so ernstlich gemeint. Die Konservativen revidieren lediglich deshalb ein wenig ihre monarchischen Gefühle, weil es sie ärgert, daß der Monarch nicht ganz ihre Intentionen folgt. Sie wollen ihn durch solche revoltierenden Reheren wieder an die Scholle des Junkertums fesseln. Ist das geschehen, dann werden sie wieder übergenete Monarchisten sein und das Regiment für das beste erklären, das so persönlich wie möglich ist!

Das Geschrei ist — an der Logik gemessen — zwar kindisch, aber es ist dem Zweck der Schreier noch ebenso köstlich wie — zielbewußt! —

### Deutsches Reich.

**Vollziehung.** Die „Köln. Ztg.“ bringt einen Auszug von demnachst in „Konrad's Jahrbüchern“ erscheinenden Ausführungen über die Folgen des Nichtzustandekommens des Posttarifs. Der Autor, der in höheren Beamtenkreisen zu finden sein dürfte, will durch düstere Ausmalung der handelspolitischen Lage Deutschlands im Falle des Scheiterns des neuen Tarifs alle Mittelpartei zur Einigung auf die Regierungsvorlage und zur eifrigsten Abwehr der sozialdemokratischen Verzögerungsabsicht vornehmern. Die Socialdemokratie beabsichtige die Pro- u u c h e r h a r o l e für die Renovation zum Reichstag zu benutzen; „ellingt ihr das, dann wird der neue Reichstag eine Zusammen- setzung haben, die dem socialistischen Elemente einen gefährlichen Einfluß verschafft.“ Damit erkennt der Verfasser an, daß der jetzige Reichstag bei seinen Vollwunderplänen nicht die Wählerchaft hinter sich hat und daß die Durchführung jener Pläne dem Verrat an den Wählern gleich kommt.

Die „Kreuzzeitung“ ergriff bereits zu den Einigungsmaßnahmen das Wort, sie erklärt, eine Einigung sei nur dadurch möglich, daß die Regierung den Wünschen der Agrarier noch weiter entgegenkomme, und sie schlägt ihre Betrachtung mit den Worten: „So wie die Regierung es sich vorzustellen scheint, werden in konstitutionellen Staaten keine Gesetze gemacht.“ Die „Kreuzzeitung“ erhebt sich also wieder als Hüterin des Konstitutionalismus, da die Monarchie und ihre Regierung nicht genug Provozoll bewilligen will!

**Eine pessimistische Stimmung.** — so schreibt eine parlamentarische Korrespondenz — greift bezüglich der Verhandlungen der Posttarif-Kommission des Reichstags immer mehr um sich. Es wird die Beforgnis gehegt, daß, wenn das jetzige Tempo beibehalten werden sollte, frühestens im August die erste Lesung beendet werden könnte. Man macht sich auch darauf gefaßt, daß die zweite Lesung sehr oft noch größere Schwierigkeiten als die erste Lesung bieten wird.

**Konservative Gewissenhaftigkeit.** Die „Konf. Korrespondenz“ spricht sich also zu den letzten Beratungen in der Posttarif-Kommission aus:

„Die Posttarif-Kommission hat sich in ihren letzten Sitzungen bei der Beratung der Positionen über Baumwollenspinne eingehend Sachverständigen-Prüfungen genüßert. Das Ergebnis derselben war eine starke Herabsetzung der meisten Garnsätze. Offenlich wird nicht auch im weiteren Verlauf der Beratungen in gleich ausführlicher Weise den Sachverständigen ein so zeitraubendes Eingreifen ermöglicht, sonst würde an dem Zustandekommen der Vorlage, ja auch nur an der Beendigung der ersten Kommissionslesung vor dem Herbst gezweifelt werden müssen.“

Die „Konservative Korrespondenz“ gesteht zu, daß die Anhörung der Sachverständigen in der Kommission zu höchst wichtigen Änderungen der Vorlage geführt hat. Und democh fordert sie die Beseitigung der Sachverständigen bei den weiteren Beratungen.

Bei der Beratung der Tarifsätze hatte die Kommission in ihren eigenen Kreisen Sachkenner, die aus langer Lebenspraxis die wirklichen Verhältnisse der betreffenden Gewerbezweige kennen. Ihr Urteil brachte die Regierungsvorläge alsbald zu Falle. Würde die Kommission in die Lage versetzt werden, auch beispielsweise kleinere Banern und Viehzüchter als Sachverständige zu hören, so würden auch die hohen Getreide- und Viehsätze unhaltbar werden.

**Der Münsterer Geistliche.** Der Kaiser hat jüngst zu dem hiesigen Erzbischofen von Münster gesagt: „Wenn alle Geistlichen Ihrer Konfession im deutschen Lande so denken wie Sie, dann ist es um die Zukunft unsres Vaterlandes wohl bestellt.“

Die „Tägliche Rundschau“ teilt nun mit, daß dieser Erzbischof in seinem Papst-Artikel im katholischen „Staatslexikon“ dem heiligen Vater das Abseignungsrecht über alle Fürsten zuschreibt, sobald die ihm (dem Paps) anvertraute Bekämpfung des irdischen Glaubens und der (katholischen) Kirche diesen Schritt erfordert.“ Der Paps darf ferner „so oft es das Seelenheil erfordert“, k a a t h o l i s c h e Geleze anheben und „in gewissen Fällen“ die Unterthanen vom Eide der Treue entbinden.

Der Kaiser wird sich eben über solche bloß „gedachten“ Rechte keine Sorgen machen, zumal ja Deutschland das Land ist, in dem die katholische Kirche die größte Freiheit genießt; die „katholische Volkszeitung“ will das allerdings nicht wahrhaben und erklärt, daß die angebliche Keiserung des Papses unrichtig ist.“ Die Behauptung mag das rheinische Centrumorgan mit ihrem monarchischen Gewissen ausmachen. Immerhin entspricht das angebliche Papswort mehr den Thatfachen als die durch die hiesigen Reden veranlaßte trostige Klage eines vatikanischen Organs, daß selbst in der Türkei die Katholiken nicht so unfrei seien wie in Deutschland. Warum schämt sich das Centrum, seine Macht zu betonen? —

**Der wunde Punkt.** Den Freisinnigen ist es natürlich sehr unangenehm, wenn man sie daran erinnert, daß sie der Regierung — bei der Zundersteuer — mehr Mittel zugesagt haben, als nach Lage der parlamentarischen Situation nötig war; daß sie geradezu die weitere Herabsetzung der Zundersteuer verhindert haben.

Damit haben die Freisinnigen tüchtig der neuen großen Marinevorlage vorgearbeitet, deren Kommen nunmehr auch die Berliner „Neuesten Nachrichten“ befechtigen. Wie empfindlich die freisinnige Volkspartei für diese Erinnerung ist, das zeigt eine hübsche Auslassung der „Breslauer Zeitung“, die auf unsern Vorschlag, eines der künftigen Schlachtfische Eugen Richter zu taufen, liebenswürdig bemerkt:

„Das geistige Niveau des „Vorwärts“ sinkt seit geraumer Zeit in auffällig schnellem Tempo von Stufe zu Stufe und erhebt sich jetzt kaum noch über den Tiefstand, auf dem sich die politische Argumentation etwa der „Staatsbürger-Zeitung“ oder des „Bayr. Vaterlandes“ zu halten pflegt.“

Das Breslauer Blatt möge die Praxis des Dreifachgrafen vollends nachahmen und das pflicht- und wahrheitsgemäße Outachten des „Vorwärts“ statt bloß durch Beschimpfung durch eine Bischofsforderung widerlegen! —

**Gustav Freytag als preussischer Offizier.** Ein seltener Dienst wird dem Andenken Gustav Freytags durch die jüngst erfolgte Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten des Generals v. Etzsch erwiesen. Es wird durch einen Brief, den Etzsch am 9. März 1869 an Gustav Freytag schrieb, festgestellt, daß auch dieser bedeutende Schriftsteller sich zu Heptiliendiensten mißbrauchen ließ.

Es galt damals, den Grafen Uwedom unglücklich zu machen. Uwedom war preussischer Gesandter am kaiserlichen Hofe und von Bismarck gestürzt worden, weil er in ihm, gleich wie im Grafen Arnim seinen — Nachfolger fürchtete. Uwedom aber war bei dem Kronprinzenpaar sehr beliebt, und der von Bismarck eigenmächtig erzwingene Abschied des Grafen Uwedom ärgerte auch den alten Wilhelm. Man wollte nun den Grafen Uwedom beruhigen, daß man ihm, der künstlerische Neigungen hatte, in der preussischen Kunstverwaltung Platz stelle. Aber Uwedom widerstrebte und nun wandte sich Etzsch an Gustav Freytag, indem er ihm schrieb:

Vor acht Wochen schrieb Bismarck an Uwedom, seine Schritte und Thätigkeit schädigten die preussische Politik; er möge seinen Abschied einreichen. Uwedom schreibt darauf an den König: „E. M. habe ihn bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin so gnädig empfangen, daß er, Uwedom, nicht an den Allerhöchsten Willen seiner Abberufung glauben könne. Der König, entkräftet, daß Bismarck, ohne ihn zu fragen, Gesandte verabschieden will, schreibt an Uwedom, er solle bleiben, und Bismarck bekommt einen Jopf. Katholisch dreht sich Bismarck diesen hübsch zurecht und haut Uwedom damit. Neue Enttäuschung, und Bismarck stellt die Kabinetsfrage. Darauf fiel dem Uwedom ohne weiteres, aber der König gab ihm, ohne Bismarck davon zu sagen, einen Orden und berief ihn in die Stelle von Offiz.“

Nun wird gewünscht, daß Sie an Uwedom schreiben, um ihm den Entschluß zu erleichtern, und daß Sie ihn in einer Zeitung so verherrlichen, daß er hinstirmt. Die „Grenzboten“ dürften Sie aber nicht benutzen, weil die Zusammenhänge klar sind, und dies den Herrschaften (dem Kronprinzenpaar) Unannehmlichkeiten bereiten könnte.“

Der Ton des Briefes beweist, daß Freytag sich offenbar des Oesteren zu solchen Diensten hat benutzen lassen; denn sonst würde Etzsch ein solches beleidigendes Anstimmeln nicht an ihn gestellt haben. Vermutlich hat dem auch Freytag den Grafen Uwedom in die Kunst weggeleitet. Er wurde nach dem Kriege Generaldirektor der Posten.

Und Gustav Freytag gilt noch für einen der charaktervollsten bürgerlichen Publizisten! —

**Wohnungsreform in Oeffen.** Aus Darmstadt wird vom Donnerstag telegraphiert:

Die zweite Kammer nahm heute einstimmig den Gesetzentwurf betreffend die Wohnungsreform für Kinder bemittelte an, dessen Geltungsbereich sich hinab bis auf Gemeinden von 5000 Einwohnern erstrecken soll. Das Gesetz sieht ferner die Schaffung einer Wohnungsinspektion, die nicht als Organ der Polizei-Aufsicht, sondern der Wohlfahrtspflege gedacht ist, sowie die Förderung der Erbauung von Wohnungen für Kinder bemittelte vor. Wie von seiten der Regierung hervorgehoben wurde, soll es ein Verbot sein, die Schädigungen durch Alkohol, Tabak- und andere im Interesse des Volkswohls zu verhindern und so der Allgemeinheit zu dienen. —

**In Südwestafrika** ist der Eisenbahnbau Swakopmund-Windhoek jetzt beendigt worden. Die offiziöse Presse feiert hierin ein koloniales Ereignis ersten Ranges. Die Größe des Ereignisses ist an wenigen Zahlen leicht zu erkennen: Der Bahnbau kostete dem Reiche über 13 1/2 Millionen Mark, außerdem erhielt Deutsch-Südwestafrika aus der Reichskasse einen jährlichen Zuschuß von 6 Millionen Mark; dabei giebt es dort ganze 2223 Deutsche, von denen 825 auf die Schutztruppe entfallen, die Jahresausfuhr aber beträgt noch nicht eine Million Mark und nimmt ständig ab! —

### Ausland.

#### Die Statistik als Feind der Reaktion.

Aus Rußland wird uns geschrieben: Die agrarstatistischen Arbeiten der russischen Semstwo (Selbstverwaltungs-Körperschaften) haben einen guten Ruf weit über die Grenzen des Porenreichs hinaus. Die gesamte neuere theoretische Literatur der russischen Nationalökonomie fußt in ihrem agrarpolitischen Teil auf diesen Arbeiten, die als eines der unvergänglichen Denkmäler der Semstwo betrachtet werden müssen. Die Vorgänge der Semstwo-Statistik sind es aber auch von jeher gewesen, die diese der Reaktion verhaßt gemacht hat. Was hielten die Witeschen Schönfärbereien, wenn die Semstwo-Statistik ihnen immer wieder den Stempel der Schwindelerei anbrachte, was der Sirenengesang der zarentreuen Hofnechte über die Wohlthaten des Absolutismus, wenn jahraus, jahrelang die Semstwo-Statistik ziffermäßige Belege über den wirtschaftlichen Niedergang des Landes unter der autokratischen Last darbot? Hieraus ist zu erklären, daß die Regierung schon stets die statistische Thätigkeit der Semstwo argwöhnisch verfolgte. Die Frage bekam eine aktuelle Bedeutung, als in den südlichen Gouvernements die Bauernbewegung ausbrach. Der neue Minister des Innern von Plehwe wendete nach seiner Ankunft in dem Kustrubgebiet ihr seine besondere Aufmerksamkeit zu. Und siehe, die staatsmännische Nase deckte im Handumdrehen die Kardinalursache der Hungerbewegung auf: Schuld an allem seien die statistischen Erhebungen der Semstwo, weil sie „in den Bauern falsche Vorstellungen erweckten“. Plehwe beschloß, das Uebel mit den Wurzeln auszurotten. Der Semstwo-Statistik ist nunmehr der Sarau gemacht. Der Kaiser hat bereits ein Reskript unterzeichnet, das von nun an statistische Erhebungen in den 12 Gouvernements Westarabien, Zeltarinoslaw, Kadan, Kurl, Wensa, Pskowa, Samara, Simbirsk, Tula, Charkow, Tschernigow ganz unterlagt, in den übrigen 22 Gouvernements, in denen die Semstwo-Verwaltung eingeführt ist, ist es den Gouverneuren überlassen, nach ihrem Gutdünken zu handeln, ob sie das Verbot auch auf ihre Gebiete ausdehnen wollten.

Indem durch diesen neuen Gewaltakt auch die wissenschaftliche Thätigkeit schwerste Beeinträchtigungen erleidet, werden neue Streiter in die Arena des unnothdlichen politischen Kampfes gedrängt werden, durch den allein die Bahn auch für die freie wissenschaftliche Forschung freigelegt werden kann.

### Frankreich.

Paris, 26. Juni. „Libre parole“ will erfahren haben, daß die Familie Humbert sich in drei Gruppen geteilt und auf verschiedenen Wegen nach Korsika begeben hat. Frau Humbert sei nach England gereist, Louis d'Arignac nach Spanien geflüchtet, Frederic d'Arignac und Fräulein Eva Humbert hätten sich nach Bari und von dort nach

Korfu begeben. Hier seien sie am 11. Juni zusammengetroffen, wo sie sich noch aufhalten sollen, weil sie sich dort sicher glauben. —

### England.

**Die Krankheit des Königs.** Ein Donnerstagvormittag 10 1/2 Uhr in London ausgegebenes Bulletin besagt: „Der König hatte heute eine bessere Nacht und etwas kräftigeren Schlaf; das Befinden verbesserte sich in jeder Beziehung; der Zustand der Organe ist vollkommen günstig, der der Lunge ist ebenfalls befriedigend.“ Nach einem um 2 Uhr nachmittags veröffentlichten Krankheitsbericht bleibt das Befinden des Königs zufriedenstellend. Die offiziellen Nachrichten stehen andre weit ungünstigere gegenüber. Es heißt, daß die Censur der Telegramme über das Befinden des Königs sorgfältig prüfe. In der Londoner Bevölkerung nimmt man an, der Zustand des Königs sei hoffnungslos. —

Feldmarschall Graf Waldersee, der zur Krönungsfeier delegiert war, hat die Rückreise nach Deutschland angetreten. —

### Dänemark.

**Der Ministerpräsident und die Wahlrechts-Reform.** Der Ministerpräsident Deunher hat dieser Tage auf der Insel Jütland in einigen Wählerversammlungen erklärt: Der Entwurf würde vorgelegt werden, wenn die Möglichkeit der Durchführung der Wahlreform vorhanden wäre. Man solle nur Vertrauen zur Regierung haben und dann müsse man auch mit kleineren Fortschritten vorlieb nehmen, wenn man nicht alles erreichen könne.

Das Haupthindernis der Durchführung demokratischer Reformen und namentlich auch der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in die Kommunalverwaltung, ist das Landsting, die dänische erste Kammer, und durch eine Auflösung dieses Things würde man am ehesten den demokratischen Reformen die Wege bahnen. Die wichtigste staatsrechtliche Frage, die gegenwärtig in Dänemark viel erörtert wird, ist die: ob von einer eventuellen Auflösung des Landstings auch die 12 vom König ernannten unter den 66 Abgeordneten betroffen würden, oder ob diese Stellen auf Lebenszeit dem Thing zur Hede gerechnet werden? Der Justizminister Alberti hat hierzu kürzlich erklärt: wenn das Landsting aufgelöst würde, so würden nicht allein die vom Volke, sondern auch die vom König Gewählten davon betroffen werden. In einer Wähler-Versammlung in Hooboch gab Ministerpräsident Deunher eine sehr ausweichende Antwort. —

### Japan.

**Der russische Abzug aus Tientsin.** Im englischen Unterhaus erklärte am Donnerstag Lord Cranborne, die abgeänderten Bedingungen für die Zurückziehung der provisorischen Regierung aus Tientsin werde vor einer Vollversammlung der fremden Vertreter gebracht werden, an der auch der amerikanische und der japanische Gesandte teilnehmen würden. Der britische Gesandte in Peking berichtet, daß das russische Mitglied der provisorischen Regierung, der Tientsin verlassen habe, nicht erseht werden wird, und daß der russische Gesandte in Peking erklärt habe, er sei nicht ermächtigt, sich daran zu beteiligen, daß der chinesischen Regierung Bedingungen anferlegt werden, die er nicht billigen könne. Der englische Gesandte sei in Kenntnis gesetzt worden, daß er sich bemühen solle, eine Abänderung einiger der vorgeschlagenen Bedingungen durchzuführen. —

### Amerika.

**In der Isthmuskanalfrage** ist es nach Meldung des „N. Y.“ zwischen Präsident Roosevelt und dem Senator Hanna zu einem Kompromiß gekommen, um einen vollständigen Bruch zwischen dem Präsidenten und dem Senat zu vermeiden. Danach erhält Präsident Roosevelt Vollmacht, sofort die nötigen Arbeiten für den Isthmuskanal in Angriff zu nehmen, nur soll der Panamakanal der Vorrang eingeräumt werden, falls die jetzigen Besitztitelhaber der amerikanischen Regierung unantastbare Besitztitel aushändigen und volle Souveränität Amerikas bei dem Kanal garantieren können. Werden die Garantien nicht zu Roosevelts Zufriedenheit geliefert, so kann der Präsident ohne weiteres alles nötige veranlassen, um den Nicaragua-Kanal in Angriff zu nehmen. Ein Beschluß des Ausschusses des Repräsentantenhauses hat dieses Kompromiß befestigt. —

**Vom venezolanischen Aufstand.** Ueber New York wird aus Willemstad gemeldet, daß am 11. Juni bei Coro ein fünfstündiger Kampf stattfand, nach welchem sich der venezolanische Vizepräsident Kvala mit 1744 Offizieren und Mannschaften den Aufständischen ergeben habe. Diesen seien auch fünf Geschütze in die Hände gefallen.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Juni 1902, nachmittags 5 Uhr.

In den Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage, betreffend die Verbesserung von Beamtengehältern sind die sozialdemokratischen Stadtv. Singer, Heimann und Fannsch gewollt.

In das Kuratorium der Handwerker-Schulen wird der Stadtv. Berger (A. L.) in die Kandidatendeputation der Stadtverordneten Nath an (A. L.) und in die Deputation für die innere Ausschmückung des Rathhauses der Stadtv. Köhlich (A. L.) gewählt.

Dem Vertrag zwischen der Stadt und der Aktien-Gesellschaft für die

### Verbesserung der kleinen Wohnungen

zu Berlin, durch welchen der Gesellschaft 500.000 M. überwiesen werden sollen, die als Darlehen von der Sparkasse zu 3 1/2 Proz. aufzunehmen und mit 1/2 Proz. zu tilgen sind, hat der Ausschuss mit einigen Modifikationen zugestimmt. Nach der Vorlage sollte mit 1 Proz. getilgt werden. Das Kündigung- und Zurückzahlungsrecht des Schuldners soll erst nach 15 (nicht 5) Jahren beginnen. In § 8 ist hinzugefügt, daß die Etagen eine lichte Höhe von 3,20 Meter haben sollen und daß Seitenflügel oder Quererbände zu Wohnzwecken nicht errichtet werden dürfen. In § 4 sind für die Bemessung der Mieten ganz genaue Vorschriften gegeben. Nach § 6 der Ausschussfassung sollen Familien mit zahlreichen Kindern bevorzugt werden. Zu den Fällen, welche nach § 8 die Stadt zum Rücktritt vom Vertrage berechtigen, soll auch noch der treten, daß die Gebäude und Wohnungen nicht in baulichen Wäden erhalten werden. Das Mietvertragsformular soll der Genehmigung des Magistrats unterliegen; die Austervermietung und die Aufnahme von Schlafbüchern soll nur stattfinden, wenn davon weder hygienisch noch fütlich ein Schaden zu befürchten ist.

Referent ist der Stadtv. Stadlsteffes Kämpf (A. L.).

Stadtv. Heimann (Soz.): Wir geben gern zu, daß die Arbeit des Ausschusses ersprießlich war, insofern der Vertrag sich in wesentlichen Punkten gegenüber der Magistratsvorlage verbessert zu haben scheint. Nichtsdestoweniger sind meine Freunde vollkommen einig in der Verwerfung der Vorlage. Die Vollbeschäftigung hat ergeben, daß die Größe und Ausstattung der Wohnungen in den Häusern der Aktien-Gesellschaft zur Verbesserung kleiner Wohnungen gar nicht besser ist im Verhältnis zu den anderen Wohnungen dortiger Gegend. Der einzige Vorteil besteht darin, daß die Höhe der aneinander stoßenden Häuser zu großen Spielräumen mit Turmgeräten zc. verbunden sind. Eine Gesellschaft, die sich solche Ziele stellt, möchte aber billige Wohnungen schaffen; denn darin besteht ja die Wohnungsnot, daß die Mietspreise unerschwinglich hoch sind im Verhältnis zum Einkommen. (Sehr richtig!) Eine Aktien-Gesellschaft ist auch gesetzlich gezwungen, einen Reserfonds zu schaffen, und das muß steigend auf die Mieten wirken. Wir beklagen es überaus, daß der Magistrat nicht statt dessen eine leistungsfähige Bau-Gesellschaft unterstützt hat. Die Aktien-Gesellschaft hat in ihrem Bericht mitgeteilt, daß sie neue eingelegene Mieter um 8 Prozent gesteigert hat (Hört! hört!) in der Regel will sie nur bei sehr hohen Preisen von einer Mieterhöhung absehen. Schroffere und rücksichtslosere Kontrakt-Bestimmungen wie die Gesellschaft hat auch der ärgste Hauspolka

nicht; z. B. soll das Umhersehen vor der Haustür bei Nichtbefolgung des Verbots zur sofortigen Klammer der Wohnung führen dürfen. Rechnliche schroffe Bestimmungen stehen Duzende im Vertrag. Wir haben gegen die Personen der Gesellschaft durchaus nichts einzuwenden; eine vierprozentige Verzinsung des Kapitals ist aber immerhin ganz ansehnlich. Bezeichnend ist auch, daß nach Festlegung der Ausschussbeschlüsse, die die Mietspreise genau regeln, die Gesellschaft trotzdem noch das Recht erlangen wollte, die Mieten in der ortsüblichen Höhe festzuhalten. Dadurch würden die Beschlüsse des Ausschusses doch über den Haufen geworfen werden. Ich weiß genau, daß viele dieser Ausschüsse durch den Ausschuss beilegt sind, aber ich wollte doch zeigen, wie die Gesellschaft kontrolliert werden muß. Niemand kennt auch die Häuser, die nach 15 Jahren an der Spitze des Unternehmens stehen werden; deshalb wollten wir ja die Gesellschaft auf mindestens ein Menschenalter, also auf 30 Jahre, an den Vertrag binden, was leider im Ausschuss auf 15 Jahre reduziert wurde. So kann der mögliche Effekt der sein, daß die Gesellschaft mit städtischem Gelde Häuser baut und später ein uneingeschränktes Bestimmungsrecht über diese Häuser erhält. Alle den Mietern zugehenden Vorteile fallen dann der Gesellschaft zu. Es ist auch unmöglich, einer andern Gesellschaft später härtere Bedingungen aufzuerlegen. Meine Freunde lehnen es ab, einem Vertrag zuzustimmen, der in den zwei wesentlichen Punkten, der Höhe der Mieten und der Länge der Vertragsdauer so beschaffen ist. Die Wohnungsnot kann einzig und allein dadurch gemildert werden, daß die Stadt selbst Häuser baut, wie es andre Gemeinden schon thun; hat doch der Magistrat selbst anerkannt, daß die Mieten nicht das Existenzminimum haben, um eine Wohnung von 300—400 M. bezahlen zu können. Wir werden wegen unserer Haltung vielfach angegriffen werden, aber deshalb werden wir von unsren gewöhnlichen Ansichten nicht abgehen. Wir sind unerbittliche Optimisten und werden Ihnen stets neue Vorschläge unterbreiten und Anregungen in unsrem Sinne geben, aber Vorlagen wie dieser, die den Stempel der Unzulänglichkeit an der Stirn tragen, können wir nicht zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Nath an (A. L.): Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Wohnungsnot nicht allein durch die Unterstützung von Aktien-Gesellschaften wie dieser gesteuert werden kann. Warum soll aber auch nicht dieses Mittel benutzt werden? Der Herr Kollege Heimann hat ja auch anerkannt, daß der Ausschuss weitestgehend im Interesse der Mieter eingegriffen hat. Der Umstand, daß alle bisher von der Gesellschaft erbauten Häuser stets besetzt waren, ist doch ein Beweis, daß diese Wohnungen verhältnismäßig besser sind. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Herr Heimann hat das Mietkontrakt-Formular einen reinen Pachtvertrag genannt. Nun, wir haben das Vertrauen zum Magistrat, daß er seinen demartigen Kontrakt zuläßt, wozu ihm ja nach dem mit der Gesellschaft zu schließenden Vertrage das Recht zusteht. Wir stimmen dem Vertrage auch deshalb zu, weil hier der erste Schritt gethan wird, um durch private Thätigkeit humane Zwecke zu verfolgen.

Stadtv. Raff (A. L.): Auch ich stimme der Vorlage nicht zu, wenn auch andere Gründe als Herr Heimann. Von einer Wohnungsnot kann jetzt keine Rede mehr sein. (Widerspruch.) Ich würde zustimmen, wenn hier wirklich mangelnde kleine Wohnungen zu billigeren Mietspreisen hergestellt würden, aber die private Bauthätigkeit leistet bereits das Verlangte.

Stadtv. Wommsen (Fr. Fr.) spricht sich namens seiner Freunde für die Annahme des Vertrages aus. Die Bedenken des Kollegen Heimann, daß nach Auflösung des Vertrages der Privat-Spekulation der Gesellschaft keine Schranke gesetzt sei, werden doch durch die Bestimmung des Statuts der Gesellschaft selbst zerstreut, da die Dividende von 4 Proz. nicht überschritten werden dürfe und im Falle der Auflösung der Gesellschaft die Aktienbesitzer nur ihr Kapital zurückzubekommen, der eventuelle Ueberschuß aber für gemeinnützige Zwecke verwandt werden solle.

Stadtv. Gassell (A. L.) spricht sich für die Vorlage im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Raff aus. Die Herren von der Sozialdemokratie hätten sich im Ausschuss trotz ihres Widerspruchs sehr an der Aufstellung des Statuts beteiligt; um so mehr überrascht ihn die Erklärung Herrn Heimanns, daß die Gesellschaft recht lange an den Vertrag gebunden werden müsse. Fünfzehn Jahre seien reichlich bemessen, denn wer könnte die Lage des Hypothekensammlers nach fünfzehn Jahren übersehen. Vor allem müßte man das Vertrauen zum Magistrat haben, daß er rein kapitalistische Interessen der Gesellschaft nie befördern werde. Die Sozialdemokraten sehen darin, daß die Stadt selbst Häuser baut, das einzige Heilmittel gegen die Wohnungsnot. Aber die private Bauthätigkeit habe doch genügt, die Wohnungsnot aus der Welt zu schaffen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner bittet zum Schluß, man möchte doch nicht den Sozialdemokraten einen Gefallen thun, indem die Vorlage abgelehnt wird.

Oberbürgermeister Ritscher: Seit 2 Jahren beschäftigen wir uns mit dieser die ganze zivilisierte Welt interessierenden Frage. Auf der einen Seite wird jetzt aber die Forderung aufgestellt, daß die Kommune selbst Häuser bauen soll, während die andre Seite verlangt, daß die Kommune sich damit überhaupt nicht zu befassen hat. Der Ausschuss ist zu dem Resultat gekommen, daß ein mittlerer Weg einzuschlagen ist. Der Magistrat ist legal an die Lösung dieser Aufgabe herangegangen und hat sich in keiner Weise ankerndem engagiert. Wir leisten so gut wie nichts, denn wir geben ein Kapital zu einem Zinsfuß, der an anderer Stelle in gleicher Höhe gedeckt ist. Wir sind also sehr schädlich. Nun sagen die einen, das ist zu wenig, und die andern, das ist zu viel. Wenn aber in einer so durchgearbeiteten Sache eine Vorlage kommt, die den uns von Ihnen gegebenen Direktiven völlig entspricht, und Sie lehnen sie ab, dann muß man doch sagen, Sie können nicht erwarten, daß die Stadt auf ihre Vorschläge besonderes Gewicht legt. (Unruhe.) Welchen Eindruck muß es machen, wenn Sie nach gehauer Arbeit nein sagen. Ich würde die Ablehnung kaum verstehen, müßte dann aber der Versammlung die Verantwortung dafür überlassen.

Stadtv. Haberland (A. L.) wird dem Vertrage zustimmen, um zu zeigen, daß es der Versammlung mit ihrem früher gefassten Beschlusse hinsichtlich der Wohnungsfrage ernst sei.

Stadtrat Fischbeck teilt mit, daß ein vom Stadtv. Nath an eingebrachter Antrag, das Darlehen erst am 1. Oktober d. J. auszugeben, die Zustimmung des Magistrats finde.

Ein eingebrachter Schlufantrag wird abgelehnt.

Stadtv. Sanitätsrat Neumann schließt sich der Ausschussfassung an.

Es wird ein neuer Schlufantrag eingebracht, über den auf

Trakt. Singer namentliche Abstimmung stattfindet. Dieselbe ergibt die Ablehnung auf Schluß der Debatte mit 60 gegen 33 Stimmen.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich bedauere lebhaft, daß die Vorlage ein so winziges Resultat gehabt hat. Sie ist ja erst diskutabel geworden durch die Beschlüsse des Ausschusses. Der Oberbürgermeister wirkt uns vor, wir liegen den Magistrat im Stich und seine Worte lesen in eine verdeckte Drohung aus, der Magistrat hätte nun überhaupt nichts mehr. Ich will doch hoffen, daß der Magistrat sich durch einen Beschluß der Versammlung nicht stören läßt. Aber es ist nicht richtig, daß der frühere Beschluß der Versammlung durch diese Vorlage zur Ausführung kommt. Uns wird der Vorwurf gemacht, es sei uns nicht ernst mit der Regelung der Wohnungsfrage. Sie können das uns überlassen, zu entscheiden, was uns nützt oder schadet. Wir sollten auch nicht Hand in Hand mit den Hausagrarern gehen, ist uns geraten worden. Wir müssen uns ja manchmal auch Ihre Gesellschaft gefallen lassen. (Stadtv. Kuhlmann: Das geht zu weit!) Der Herr Vorkeser mag entscheiden, ob hierin etwas Verletzendes liegt. Ich gehe sogar so weit zu sagen, daß Herr Kuhlmann auch einmal einen vernünftigen Gedanken haben kann. (Stadtv. Kuhlmann wendet sich heftig um und wiederholt seine Bemerkung.)

Vorkeser Dr. Langerhaus: Ich bitte, sich nicht gegenseitig zu

reizen. (Heiterkeit.)

Stadtv. Singer: Wir wollen nicht die Personen der Ge-

ellschaft angehen, aber wir wissen ja nicht, ob nach 15 Jahren in

ihre noch die heutigen Grundsätze gelten. Dafür giebt es Beispiele, wie humane Bestrebungen später ausgebeutet worden sind. (Stadtv. Haberland: Welche denn?) Wir wollen dem vorbeugen, daß man später einen Irrtum eingestehen muß. Die Wohnungsnot besteht nicht nur darin, daß es keine gefunden Wohnungen giebt, sondern daß die Quote, die der Arbeiter für Miete zu zahlen hat, im Verhältnis zum Einkommen zu groß ist. Man kann von einer Aktien-Gesellschaft nicht verlangen, daß sie auf einen Gewinn verzichtet, wohl aber von der Stadt, wenn sie selbst Häuser baut. Der Magistrat sollte doch seine Schädlichkeit ablegen und einen fristigen Schritt thun. Dann wird er uns auf seiner Seite sehen. Mit diesen Halb- und Viertelmahregeln, die nur zu Lobeserhebungen verwendet werden, sind wir nach wie vor nicht einverstanden.

Vorkeser Dr. Langerhaus: Herr Singer hat gesagt, daß Herr Kuhlmann auch einmal einen vernünftigen Gedanken haben kann. Ich rufe ihn dafür zur Ordnung.

Nach einigen Worten des Stadtv. Raff wird die Vorlage in namentlicher Abstimmung en bloc mit 62 gegen 41 Stimmen angenommen.

### Die obligatorische Fortbildungsschule.

Zum Antrage Augustin, betr. die Verpflichtung der männlichen Arbeiter unter 18 Jahren zum Besuch einer Fortbildungsschule hat der niedergesetzte Ausschuss folgende Beschlüßfassung vorgeschlagen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, baldmöglichst eine Vorlage zur Beschlußfassung über die Einrichtung von obligatorischen Fortbildungsschulen unter möglichster Beibehaltung und Fortentwicklung der bestehenden Fortbildungs- und Fachschulen einzubringen.

Nach dem ausführlichen Referat des Stadtv. Reimann (A. L.) stimmt die Versammlung dem Ausschussantrage ohne Debatte zu.

Ueber eine Reihe von Rechnungen berichtet namens des Rechnungsausschusses Stadtv. Meyner (Soz.) Die Versammlung erteilt die Entlastung.

Die Vorlagen wegen Versorgung der Gemeinde Friedrichshagen mit Wasser aus den städtischen Wasserwerk am Müggelsee und wegen des Ausbaues der zweiten Hälfte des Wasserwerkes Zegel für Grundwasser-Verordnung und Erwerbung eines geeigneten Grundstücks für diesen Zweck werden von dem eingeleiteten Ausschuss zur Annahme empfohlen.

Stadtv. Wehl (Soz.): Wir sind mit der Vorlage in Bezug auf Friedrichshagen völlig einverstanden, abgesehen bis auf die Dauer des Vertrages und stellen den Antrag, denselben auf 30 Jahre statt 50 zu beschränken. Wir haben auch mit der Straßendahn-Gesellschaft wegen der langen Vertragsdauer schlechte Erfahrungen gemacht. Wir geben zu bedenken, daß in solchen technischen Fragen wie der Wasser-Verordnung nichts vorauszu sehen ist, denken wir an die Versorgung durch Tiefbrunnen, von der man sich vor 16 Jahren noch nichts versprach. Es ist ja auch möglich, daß die Bewässerungskosten erheblich vermindert werden können, und dann wäre es wenig loyal gegenüber Friedrichshagen gehandelt, es auf 50 Jahre auf einen Preis festzulegen.

Stadtrat Rirsekorn weist darauf hin, daß die Verhältnisse hier besondere seien, weil die städtischen Wasserwerke selbst in Friedrichshagen liegen. Es wäre nicht ausgeschlossen, daß in Friedrichshagen der Stadt eine unliebsame Konkurrenz entstände, und deshalb sei die Festlegung auf 50 Jahre wünschenswert.

Das Amendement der Sozialdemokraten wird abgelehnt, der Vertrag im übrigen angenommen.

Zum Ausbau des Wasserwerkes in Zegel bemerkt

Stadtv. Wehl (Soz.): Wir stimmen auch dieser Vorlage zu, die Zustände in Zegel spotten aller Beschreibung. Wir halten es aber für unsere Pflicht, öffentlich Zeugnis abzulegen, daß die Hauptschuld für die Kollage dem Fiskus zuzuschreiben ist. Es sind ihm schon vor Wochen Broden des schlechten Wassers zugesandt und bisher ist keine Antwort erfolgt. Die Gemeinde Reinickendorf darf ihre Abwässer in den Zegeler See leiten, wodurch dieser verpestet wird! Es ist auch eine ungeheuerliche Bestimmung, daß der Fiskus berechtigt sein soll, 5 M. pro Quadratmeter zurückzugeben, wo die Stadt heute 6,50 M. zahlen muß. Wir sind in einer Kollage und müssen zustimmen. Es trifft sich gut, daß wir nachher eine Vorlage zu beschließen haben, nach der der Marinestützpunkt von uns Räume in der Luftstraße mieten will. Ich glaube, wir müssen dem Magistrat das Rücktrat stiften, daß er diese Gelegenheit benutzt, um sich nicht vom Fiskus immer diese Behandlung bieten zu lassen. Die Vorlage wird ebenfalls angenommen.

Zur Kenntnisnahme betreffend die Frequenz in den Gemeindefschulen

am 15. Mai d. J. bemängelt

Stadtv. Borgmann (Soz.) die darüber beigebrachte Nachweisung des Magistrats, weil sie kein wahres Bild der Verhältnisse giebt. Durch die überhöhte Frequenz der Klassen, in die die Schüler eingekerkert werden, können die Anforderungen nicht erfüllt werden. Ferner giebt es noch 14 fliegende Klassen, die in Säulen untergebracht, in dieser Nachweisung aber nicht als fliegende Klassen bezeichnet sind. Der Magistrat selbst hat aber früher nie als solche bestrahlt! Es ist auch gesagt worden, daß am 1. Mai und 1. November die Einschulungen noch nicht geregelt sind, daher in einzelnen Klassen die zulässige Zahl der Schüler überschritten sei. Deshalb ist die Feststellung der Frequenz auf den 15. Mai verschoben worden. Allerdings ist dadurch die Zahl der Schüler, die keinen Platz in der Klasse haben, von 770 im vorigen Jahre auf 460 in diesem Jahre gesunken, aber das bleibt immer noch betrübend genug. In 103 Klassen sind Kinder vorhanden, die nicht alle einen Platz haben. Nun sollen die Klassen eine weit höhere Fassungsvermögen haben, aber ich muß demgegenüber feststellen, daß in circa 40 verschiedenen Klassen die Kinder nicht einmal eine Sitzgelegenheit vorfinden. Es ist mir von Lehrern selbst gesagt worden, daß diese Kinder am Fensterbreit stehen und dort ihre Schularbeiten verrichten müssen. Das ist kein glänzendes Zeugnis für Berlin. Für Sie aber ist die Volksschule ein Aschenbrödel. Sie würden mehr für Sie sorgen, wenn Sie gezwungen wären, Ihre Kinder selbst in die Volksschule zu schicken. Ich bitte den Magistrat dringend, seine Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß dieser Zustand beiläufig wird.

Stadtschulrat Gerkenberg: Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß die Einführung des neuen Lehrplanes allmählich eine Verminderung der bei der Einschulung überfüllten Klassen herbeiführen wird. Es finden sich in der Nachweisung auch viele Druckfehler (Lachen), wodurch scheinbar mehrere Klassen zu viel Schüler fassen, so zum Beispiel, wenn bei einer Klasse die Fassungsvermögen auf 45 und die Frequenz auf 49 angegeben wird. Es ist doch auch ein Fortschritt, wenn jetzt nur 400 statt früher 700 Kinder überfüllt sind.

Stadtv. Borgmann weist an der Hand seines statistischen Materials nach, daß z. B. an der 56. Schule es an Sitzplätzen fehlt (Stadtschulrat Gerkenberg: Das ist ein Druckfehler! Heiterkeit.) Der Herr Stadtschulrat ist jarnicht darauf eingegangen, daß an mehreren Schulen mehr Kinder vorhanden sind, als nach der Bauordnung überhaupt zulässig und möglich ist. Mit Druckfehlern können Sie doch nicht alles entschuldigen.

Stadtschulrat Gerkenberg bemerkt, daß den Druck dieser Nachweisung das Bureau der Versammlung, nicht der Magistrat bewirkt habe.

Stadtv. Borgmann hält seine Behauptungen anrecht und verweist zum Beweise eine Mitteilung des Magistrats.

Die Vorlage wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

### Der Urlaub städtischer Arbeiter.

Von den Stadtv. Augustin u. Gen. ist folgender Antrag

eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat zu erwägen, ob die am 20. April dieses Jahres an die Deputationen und Kuratorien ergangene Verfügung über den Urlaub der städtischen Arbeiter nicht nach folgender Richtung zu ändern ist:

Den Arbeitern, welche länger als ein Jahr im Dienste der Stadt beschäftigt sind, ist alljährlich ein Urlaub von einer Woche (7 Tage) unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.

**Städt. Dinge (Sec.):** Der Gegenstand des Antrages hat die Versammlung schon 1900 beschäftigt, damals erklärte der Magistrats-vertreter, daß Erwägungen darüber stattfinden sollen. Dieser haben wir aber keine Mitteilungen erhalten. Die einzelnen Deputationen haben sich im allgemeinen zustimmend für die Erteilung eines Urlaubs ausgesprochen, so will die Kanalisationsdeputation von drei Jahren Dienstzeit an dieselbe Zahl von Tagen Urlaub gewähren, nach 7 Jahren also 7 Tage, ähnlich die Markthalen-Deputation. Man hätte annehmen sollen und müssen, der Magistrat werde nun die nötigen Mittel dafür bereit gestellt haben. Das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil befragt eine Verfügung des Magistrats vom 20. April dieses Jahres, daß die von verschiedenen Zweigen der Verwaltung angeregte Urlaubsgewährung eine generelle Regelung wegen der großen Verschiedenheiten nicht gestatte, auf jeden Fall sei aber Vorbedingung, daß eine mindestens zehnjährige Dienstzeit bei der Stadt vorausgegangen sein müsse, um einen siebenjährigen Urlaub gewähren zu können. — Das ist die neueste That auf dem Wege der Socialreform, welche der Magistrat eingeschlagen hat und stellt sich würdig der Verhandlung über den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Seite. Wenn wir betrachten, wie sich unsere Arbeiter in den Kanalisationsanlagen und bei der Reinigung der Markthalen in ungelinder Luft abrackern müssen, so weiß man nicht, was man zu dieser Verfügung sagen soll. Unter andern Presstimmen hat auch die „Soziale Praxis“ darauf hingewiesen, daß Charlottenburg schon nach 2 Jahren einen Urlaub gewährt, es sei nicht abzusehen, warum ein Arbeiter weniger Erholung als ein Beamter bedarf und das Blatt schließt mit der Bemerkung: „Wir haben auf die socialpolitische Rücksichtslosigkeit mancher norddeutschen Städte schon so oft hingewiesen, daß wir nichts hinzuzufügen haben.“ Blauzt man auf diesem Wege zufriedene Arbeiter zu schaffen? Es werden betriebs-technische Bedenken geltend gemacht. Aber es braucht nicht zu gleicher Zeit die Hälfte der Arbeiterschaft in den Urlaub geschickt zu werden. Selbst wenn der Kostenpunkt 100 000 M. betragen sollte, wie behauptet wird, so kann das nicht geltend gemacht werden, wo es die Gesundheit der Arbeiter gilt. Deshalb sollte man zu der Erteilung des kleinen Urlaubs kommen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

**Städt. Cassel:** Es ist doch die Frage, ob eine generelle Regelung dieser wichtigen Sache jetzt erfolgen soll. Nach der Geschäftsordnung muß der Antrag an einen Ausschuss gehen und ich beantrage einen solchen von 15 Mitgliedern.

**Städt. Rosenow (N. L.)** schließt sich dem Antrage auf Ausschussberatung an, erklärt aber schon heute, daß seine Freunde eine zehnjährige Dienstzeit als Voraussetzung für den Urlaub für viel zu lang halten.

Der Antrag wird an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern verwiesen. Das Reichs-Marineamt wünscht die im Sparfassenhause Eink-straße 7/8 frei verfügbaren Räume gegen die in einem Beschluß vom 7. Januar 1897 vorgezeichneten Minimaltage zu mieten.

**Städt. Senger** giebt seiner Bewunderung Ausdruck, daß hier dem Fiskus nach all dessen oft bewiesener Rücksichtslosigkeit eine Minimaltage für die Miete zugestanden werden soll und bittet um eine Ausflärung vom Magistrat. Sonst würde er den Antrag auf Ablehnung oder mindestens auf Ausschussberatung stellen, um die Angelegenheit klarer übersehen zu können, was nach den dürftigen Angaben der Vorlage nicht möglich sei.

**Kämmerer Maack** legt ausführlich dar, daß der Ausdruck Minimaltage durchaus keine Herabminderung der Interessen der Stadt in sich schließt.

**Städt. Senger** giebt seiner Befriedigung Ausdruck und giebt seinen Antrag zurück, da nach der Erklärung des Kämmerers wohl eher eine Maximaltage vorliege, wünscht aber in Zukunft ausführlichere Darlegungen.

Schluß gegen 1/11 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

**Genosse Victor Adler** beging am Dienstag, wie wir leider verspätet erfahren, den 50. Geburtstag. Die Wiener und österreichischen Parteigenossen ehren den Freund, dem sie unendliches verdanken, durch mannigfaltige Zeichen ihrer Dankbarkeit und Liebe. Auch unsere deutschen Socialdemokraten ist es freudige Pflicht, dem Manne, in dem wir seit langen Jahren die tapfere Geschichte der österreichischen Arbeiterpartei verkörpert sehen und in dem die internationale Socialdemokratie sowohl den politischen Meister als den außerordentlichen Menschen bewundert, unsere Verehrung und unsere treuesten Glückwünsche auszudrücken.

Eine Reihe von parteigeschichtlichen Dokumenten ist durch Zufall in den Buchhandel gelangt. Die Firma R. u. H. Schaper in Hannover hat aus dem Nachlaß des verstorbenen Genossen Dr. Angelmann in Hannover, der mit Marx eng befreundet war, eine Anzahl Bücher und Dokumente erworben, die über die Kreise des Sammlerturns hinaus Interesse erregen dürften. Es findet sich darunter die seltene erste Ausgabe des „Kapital“ von Karl Marx mit eigenhändiger Widmung des Verfassers, ebenso die Original-Französisch-Ausgabe, die von London aus in Lieferungen verkauft wurde, selbst die Streifenadressen, die von Marx und Engels selbst geschrieben wurden, sind erhalten und den Bänden beigegeben. Auch die Originalausgaben der Schriften von Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ und „Dürings Umwälzung der Wissenschaft“, ebenfalls mit Autogrammen des Verfassers, sind in der Kollektion enthalten. Von der „Neuen Zeit“ ist eine ganz komplette Serie vorhanden, sogar das berühmte „Schwarze Buch“ vom Jahre 1853 (Die Kommunisten-Verhandlungen von Wermuth und Stieber), das vertraulich für die Polizeibehörden gedruckt wurde, ist vertreten. Falls das eine oder andre der in Katalog der Firma enthaltenen Werke im Partei-Archiv noch nicht vertreten sein sollte, würde sich vielleicht deren Anschaffung empfehlen.

Die Annoncenbeilage der „Neuen Welt“ hat unser Aelter Parteiblatt aus Anlaß eines besonderen Falles zu einer abfälligen Kritik veranlaßt, deren Berechtigung sich leider nicht abstreiten läßt. Eine Anzahl unserer Parteiblätter hat sich dieser Kritik durch Abdruck angegeschlossen. Es sei aus diesem Anlaß darauf hingewiesen, daß sich sofort nach dem Erscheinen der ersten Inseratenbeilage die zehnjährigen Partei-Jubiläum mit der Sache beschäftigt haben. Ihre Einwirkung hat denn auch gegen die ersten Nummern eine unermessbare Besserung zur Folge gehabt; außerdem ist durch einen Vermerk am Kopf der Inseratenbeilage für Redaktion und Verlag der „Neuen Welt“ ausdrücklich die Verantwortlichkeit für den Inhalt der Annoncenbeilage ausgeschlossen worden. Mehr ließ sich nicht erreichen, da der Verlag durch einen Vertrag mit der Annoncenfirma gebunden ist. Dieser Vertrag enthält natürlich auch Klauseln über den Inhalt der Annoncen, aber bei der Ansetzung derselben hat sich eben der Unterschied zwischen der socialistischen und bürgerlichen Weltanschauung gezeigt.

Die Ergebnisse des bayrischen Parteitages beschäftigten nach einem Bericht unres. Rührberger Korrespondenten eine Versammlung der dortigen Parteigenossen, in der die Delegierten Bericht erstatteten. In seinem Bericht über die Thätigkeit der Landtags-Fraktion behandelte Genosse Dr. Braun hauptsächlich die Wahlrechtsfrage. Er befragte es, daß der Thätigkeit der Fraktion die agitatorische Wirkung nach außen mangle und daß z. B. niemals eine Bewegung gegen die reaktionäre Reichsratskammer ins Werk gesetzt worden, wodurch diese Körperschaft zu einer großen Macht gelangt sei, was nicht geschehen wäre, wenn die parlamentarischen Vertreter mehr das Agitatorische beachteten. Das sei auch in Bezug auf die Frage der Wahlreform zutreffend. Redner hielt die Vor- und Nachteile der durch die bekannte Resolution skizzierten Wahlgesetzänderung gegen einander und bemerkte, daß die Vorteile durch die Nachteile bedeutend überwogen werden. Die Resolution, der auch unsere Vertreter zu-

gestimmt haben, entferne sich weit von dem im Erfurter Programm, das ja vorläufig auch noch in Bayern gelte, festgelegten Wahlrechtsforderungen. Die Erklärung der Fraktion, daß sie zustimmen hätte müssen, wenn sie das Zustandekommen einer Wahlreform überhaupt nicht vereiteln wollte, läßt Redner nicht gelten. Unsere Vertreter im Reichstage hätten dort eine große Reihe von Vorteilen für das arbeitende Volk erzielt, ohne daß sie deshalb aus der Opposition herausgehoben seien. Auch die andern Parteien hätten ein Interesse an einer Aenderung des Wahlrechts, wie von den Agitatoren im Landtage, auch von den Centrumsagitatoren offen ausgesprochen worden sei. Es sei ein Irrtum, daß, wie unsere Abgeordneten meinen, das Zustandekommen eines Beschlusses von der Zustimmung der kleinsten Partei in der Kammer abhängen soll. Die Frage, ob es notwendig sei, gegen die Haltung der Fraktion Opposition zu machen, beantwortete Redner folgen demnach: Wir sind eine demokratische Partei und betrachten unsere Vertreter nicht als eine Art höhere Wesen, sondern als Gleiche unter uns, die wir an eine höhere Stelle gestellt haben, die wir aber auch jeder Zeit auf Grund der Principien unserer Partei zur Rechenschaft zu ziehen das Recht haben, und dazu sind die Parteitage der Ort.

Genosse Rudolph berichtete über die Verhandlungen in Bezug auf das Gemeindevahl-Programm. Als erfreulich bezeichnete er am Schlusse seines Berichts den Beschluß, in Zukunft zu den bayrischen Parteitag einen Vertreter des Parteivorstandes in Berlin einzuladen, der in principiellen Fragen mitreden könne. Vielleicht werde es dann auch nicht wieder vorkommen, daß am Schluß des Parteitages ein Hoch auf die bayrische, deutsche und internationale Socialdemokratie ausgebracht werde.

Zu der Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, nahmen bis auf den Genossen Joseph alle Redner Stellung gegen die Fraktion. Genosse Simon bemängelte außerdem den aus Anlaß der Rünzberger Parteiviren gefassten Beschluß, daß aus einer örtlichen Organisation ausgeschlossene Mitglieder in andern Vereinen nicht aufgenommen werden dürfen. Er hätte erwartet, daß man mindestens den Standpunkt eingenommen hätte, in Berlin den Antrag auf Ausschluß der betreffenden Personen aus der Partei zu stellen. Der gefasste Beschluß führe zu Mißlichkeiten.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, worin sich die Versammlung mit der Thätigkeit ihrer Delegierten auf dem Parteitage einverstanden erklärt und ihnen den Dank ausspricht.

Bei den Kommunalwahlen in Italien siegte in Florenz die socialistische Liste und 11 Genossen treten in den Gemeinderat. In Verona dagegen wurde die Liste der vereinigten Liberalen und Liberalen gewählt.

## Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Unthunige Kosten für den Staat** werden wieder aus einem Strafmandat entstehen, das dem Genossen Mertins in Lissit zugegangen ist. Derselbe soll am 22. Mai trotz der Aufforderung des Beamten es unterlassen haben, die Frauen aus einer Versammlung des socialdemokratischen Vereins hinauszuweisen. Nun ist das an und für sich nicht strafbar, auch wenn das Verlangen des Beamten nicht gegen den Befehl des Ministers verstößen hätte; Mertins hatte aber auch mit der ganzen Versammlung nichts zu thun und der Heberwache hatte sich auch mit keinem Wort an ihn gewandt! Trotzdem soll er 15 M. Strafe zahlen. Natürlich hat er richterliche Entscheidung beantragt.

## Versammlungen.

Ueber die Frage: **Wie betheiligen wir uns an der Landtagswahl**, sprach am Dienstag Genosse Dr. Kronz in der Versammlung des Wahlvereins für den ersten Wahlkreis, die in den „Arminhallen“ tagte. Der Redner führte den Nachweis, daß bei starker Betheiligung der Arbeiterschaft und unter Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften die preussischen Landtagswahlen überhaupt nicht zu stande kommen können. Nimmt man an, daß von den durchschnittlich 368 Wählern dritter Abteilung in einem Wahlbezirk sich 240 betheiligen und vorchriftsmäßig ihre Stimmen abgeben, so würde das, nur eine Minute auf die Stimmgabe des Einzelnen gerechnet, 4 Stunden dauern. Ist Stichwahl erforderlich, was oft vorkommen kann, 8 Stunden. Doch nur unter sehr günstigen Umständen wird die Urwahl von der dritten Abteilung in diesem Zeitraum vollzogen werden können. Erwägt man, daß jeder Wähler das Recht hat, die Namen seiner Wahlmänner selbst in die Abstimmungsliste einzutragen, und, daß in Berlin die hier zur Urwahl erforderlichen 1300—1400 Sätze, wovon jeder mindestens 240 Personen fassen muß, nicht vorhanden sind und man deshalb 2—3 Stuben als Wahllokal in vielen Fällen benutzen muß, so ergibt sich, daß die Urwahl unter Umständen Tag und Nacht dauern kann. Noch zeitraubender wird die Wahl der Abgeordneten. Rechnet man auf die Stimmgabe jedes der ca. 1200 Wahlmänner eines Wahlkreises nur eine Minute, so würde ein Wahlgang 20 Stunden dauern, mit Stichwahl 40 Stunden. Das würde, wo 3 Abgeordnete zu wählen sind, wie z. B. im 1. Berliner Landtags-Wahlkreis, 120 Stunden ausmachen. Hierbei ist das Auszählen der Stimmen, sind andre Nebenarbeiten und Störungen der Wahlordnung nicht mitgerechnet. Man kann also annehmen, daß es inhaltlich noch länger dauern wird, so daß die Wahlen überhaupt nicht zu stande kommen können, wenn die Socialdemokraten dafür sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen streng innegehalten werden. Das wäre, meint der Redner, eine Klage, vor der vielleicht sogar die preussische Regierung zurückzucken und die sie veranlassen könnte, noch vor der nächsten Wahl eine Aenderung herbeizuführen. — Der Vortrag fand lebhaften Zusammentritt. Die Verlesung der Konsequenzen des unsinnigen Wahlrechts gab reichhaltigen Anlaß zu Heiterkeit.

**Vierter Wahlkreis (Süd-Ost).** In der „Arminia“, Brangelstraße, sprach am Dienstagabend in öffentlicher Versammlung Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine über: „Die Socialdemokratie und die Wissenschaft“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, eine Diskussion fand nicht statt. Da andre Angelegenheiten nicht zu erledigen waren, schloß der Vorsitzende Gadebusch die gut besuchte Versammlung.

Zu **Groß-Lichterfelde** nahm am Mittwoch eine außerordentlich starkbesuchte Versammlung dortiger Arbeiter Stellung zur Frage der Errichtung eines Gewerbegerichts am Ort. In denjenigen Gemeinden, die sich trotz gesetzlicher Vorschrift beharrlich weigern, ein Gewerbegericht zu errichten, gehört auch Groß-Lichterfelde, das sich den Vortrag, an der Spitze aller socialpolitisch thätigen Gemeinden zu marschieren, so leicht nicht ablaufen läßt. Schon die „Vertretung“, die der zur Versammlung eingeladenen Gemeindevorstand entsandte, verriet viel Geschmach und noch mehr socialen Verstand. Die Repräsentanten der Gemeindeverwaltung bestanden aus einem höheren Schulkammern, in Civil-unterlich, da schon zwei uniformierte vorhanden waren und einem angebenden Kanalisations-Bau der Gemeindevorstellung ließ sich — wie üblich — niemand blicken. Das Referat lag in den Händen des Genossen Fritz Jubel, der in andertalbstündigem Vortrage die Bedeutung der Gewerbegerichte besandte und die das Reichsgericht so wenig respektierenden Gemeindevorstellungen, speciell diejenige von Groß-Lichterfelde einer scharfen Kritik unterzog. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte keine Diskussion und fand eine geharnischte Resolution, die der Gemeindevertretung unterbreitet werden soll, einstimmige Annahme. — Nachdem noch Genosse Kersten der merkwürdigen Delegation des Gemeindevorstandes einige zutreffende Worte gewidmet, lag auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei der billyschen Kanalisation beschäftigten Arbeiter hingewiesen und Marquardt der Annahmung einiger Lehrer, die den Kindern den Besuch der Lokale von Richter und zum „Vorkind-waldchen“ zu verbieten sich erklärten, entgegengetreten, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

**Zehlendorf.** Nach einem Referat des Genossen Penn über den Kugeln der Reimungsvereinigungen, wurde in einer Volks-

versammlung ein „Vorbereitungsverein zur Konsumgenossenschaft“ gegründet. Man hofft, daß die Arbeiterschaft am Orte sich stark daran beteiligen wird; hat sie doch hier zu sehr hohen Preisen ihre Waren zu kaufen. Bei reger Betheiligung soll dann eine Verkaufsstelle der Berliner Genossenschaft eröffnet werden. Für den Winter will man schon für die Mitglieder Prechtholzen liefern. Beiträge und Aufnahmemeldungen nehmen die Genossen Ernst Wigner, Machnowstraße 2, Otto Jäkel, Spandauerstr. 20, August Wirth, Auguststr. 6 und Richard Joffe, Köpenickerstr. 15, entgegen.

**Zehlendorf.** Am Sonnabend tagte hier eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, welche auch von andern Gewerkschaften stark besucht war. Unter andern führte Kollege Köster aus: Die Regierung halte das Ortsstatut für die Fortbildungsschule zurück, damit sich die Arbeitgeber sowie die Arbeitnehmer des Orts dazu äußern sollten. Man hatte sich aber die Sache sehr leicht gemacht, indem einfach den Kräfteklassen-Vorständen die Frage vorgelegt wurde, ob sie mit der Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule einverstanden wären. Vier Arbeiter aus dem Vorstande hatten denn auch mit unterschrieben. In der letzten Gemeinderats-Sitzung wurde bei der Beratung des Statuts der Antrag auf Vertagung gestellt, damit auch die Arbeitnehmer ihre Wünsche äußern könnten, daraufhin wurden dann die Unterschriften der Arbeiter präsentiert, als hätten dieselben keine weiteren Wünsche mehr. Der Vorstand der Kronleusse-Lasse hat nun Protest dagegen eingelegt beim Gemeindevorsteher. Eine Resolution in demselben Sinne und in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Gemeindevorstand in Zukunft sich an die Vorstände der Gewerkschaften wenden soll, fanden einstimmige Annahme.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Französische Deputiertenkammer.

**Paris, 26. Juni. (B. Z. B.)** Bei der Beratung der Ergänzungskredite kritisiert Baron Röllle die Finanzpolitik des bisherigen Finanzministers Caillaux. Finanzminister Rouvier fährt aus, die finanzielle Lage müsse, obwohl sie nicht bedenklich sei, im Auge behalten werden. Der Finanzminister erklart sodann die Kommer um ihre Mitwirkung bei Einschränkung der nicht monaschischen Ausgaben. Jaures fährt aus, Frankreich müsse, wenn es stark sein wolle, ein Land des Fortschritts sein. Die Vermehrung der Ausgaben für militärische Zwecke sei eine Folge des Fanatismus und der Furcht. Sodann wird der Gesetzentwurf betreffend die Ergänzungskredite mit 458 gegen 25 Stimmen angenommen.

### Zweijährige Militär-Dienstzeit im französischen Senat.

**Paris, 26. Juni. (B. Z. B.)** Die Beratung des Antrags Rolland betreffend die Einführung der zweijährigen Dienstzeit wird fortgesetzt. General Mercier wendet sich gegen die Einstellung der Soldaten aus den Hüstruppen, die physisch und moralisch minderwertig seien; man dürfe sie nur außerhalb des Frontdienstes verwenden. Die gegenwärtige Ausdehnung der Wehrpflicht fordere, zuerst die militärischen Angelegenheiten in Erwägung zu ziehen, danach erst die sozialen. Redner befragt sich darüber, daß man den obersten Kriegsrat nicht zu Rate gezogen habe. Die zweijährige Dienstzeit werde das Heer nicht verstärken. Mercier geht auf die Frage der Kapitalanten ein und fährt fort, das französische Heer würde wohl in der Lage sein, dem deutschen Heere die Spitze zu bieten, aber nur unter der Bedingung, daß die Cadres noch mehr verstärkt werden. Redner glaubt, daß schließlich durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Wehresstärke um 35 000 Mann vermindert und die Kosten noch vermehrt werden würden. Freyinet meint, die zweijährige Dienstzeit werde bessere Resultate geben; das Heer von 500 000 Mann werde leicht gedeckt werden. Der Militärdienst sei die heiligste der Pflichten und müsse von allen in absoluter Gleichheit geleistet werden. (Lebhafter Beifall.) Wenn alle Franzosen zwei Jahre dienen werden, werde die Ausbildung eine bessere sein und Disziplin und Corpsgeist werden gewinnen. Die Reserven werden einheitlicher sein, weil alle Reservisten zwei Jahre gedient haben werden. Die Mehrausgaben werden 25 Millionen nicht übersteigen. Freyinet sagt schließlich, das Gesetz von 1889 sei ein Gesetz der Ungleichheit und müsse deshalb abgeändert werden. Die Sitzung wird hiernach aufgehoben.

### Auseinandersetzung der Finnen gegen den russischen Militarismus.

**Frankfurt a. M., 26. Juni. (B. Z. B.)** Der „Frankf. Zeitung“ wird aus Helsingfors deponiert: In den Gouvernements Lawastschus und St. Michel sind die Reservemusterungen, die am 15. April begannen, nunmehr beendet. Im Gouvernement Lawastschus fanden sich von 2573 ausgebotenen Wehrpflichtigen 1310, also 50,9 Proz. ein, im Gouvernement St. Michel erschienen 746 zur Aushebung oder 44,2 Proz. der Wehrpflichtigen.

**Leipzig, 26. Juni. (B. Z. B.)** Das Reichsgericht verurteilt heute die Division des Zugführers Peterd, Berlin, welcher am 22. März vom Landgericht Paderborn wegen Verurteilung des Eisenbahnwagens bei Altenbeken, sachlichste Führung und Körperverletzung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden war.

**Mort, 26. Juni. (B. Z. B.)** In der Nähe von Nello entgleiste infolge von Schienenbruch ein Personenzug. Etwa 30 Personen erlitten Verletzungen, darunter 10 schwere. Mehrere Eisenbahnwagen wurden völlig zertrümmert.

**Paris, 26. Juni. (B. Z. B.)** Die Abfahrt der Teilnehmer an der Automobil-Wettfahrt Paris—Wien erfolgte heute früh von Champigny aus. Unter den Startenden befanden sich Jouinier, Girardot und René de Ruyff. Die einzelnen Wagen wurden in Zwischenräumen von 2 Minuten abgelassen. Gleich am Anfang stürzte ein Wagen; Fahrer und Chauffeur erlitten Verletzungen. Gerüchtweise verstarb Girardot habe zwei Personen überfahren; eine soll schwer verletzt sein.

**Langres, 26. Juni. (B. Z. B.)** Ein Automobil, welches den Wagen der Wettfahrt Paris—Wien voranfuhr, wurde in der Nähe von Chaudenay, als es einem Bauernwagen ausweichen wollte, gegen einen Baum geschleudert. Der Maschinist wurde getötet, der Fahrer verletzt. Bei Broncourt wurde ein an der Wettfahrt teilnehmendes Automobil durch Anprallen gegen einen Stein umgeworfen. Der Schiffe des Maschinisten wurde schwer, der Maschinist leicht verletzt. Der Wagen wurde zertrümmert.

**Madrid, 26. Juni. (B. Z. B.)** Heute früh fand im Hellsinger Carabanchel bei Madrid eine schreckliche Pulverexplosion statt. Das Lager war eine Zeilung in dicke Rauchwolken gehüllt. Die Detonation war furchtbar und wurde in ganz Madrid gehört. Drei Mann wurden getötet, neun schwer und vierzehn leicht verwundet. Viele Häuser stürzten ein oder wurden beschädigt. Die königliche Familie und der Kriegsminister begaben sich an die Unfallstätte.

**Madrid, 26. Juni. (B. Z. B.)** Bei der Explosion im Militärlager von Carabanchel sollen 17 Menschen verletzt und in das Krankenhaus gebracht worden sein. Die Verletzten sind Soldaten bis auf einen Feldarbeiter, welcher in einer Entfernung von 400 Metern verwundet wurde. Nach den letzten Nachrichten wurde die Katastrophe durch explodierende Granaten verursacht. Der König begab sich an die Stelle, wo die Explosion stattfand.

**London, 26. Juni. (B. Z. B.)** Krankheitsbericht von 6 1/2 Uhr abends: Der König verbrachte den Tag gut. Die Nahrungsaufnahme war gut. Der Schwächezustand läßt nach; die Temperatur ist jetzt normal.

**Charbin (Randshurei), 26. Juni. (B. Z. B.)** Unter den in Jankon vor zwei Wochen eingetroffenen chinesischen Arbeitern sind Cholerafälle vorgekommen. Die erkrankten Kulis wurden isoliert. Von 100 Erkrankten sind 81 gestorben.

**Salvadoro, 26. Juni. (Meldung des „Kaiserlichen Bureaus“.)** Heute früh stürzte die Brücke über den Rio Claro bei Taca ein, als ein Personenzug über dieselbe fuhr. Eine große Anzahl von Personen wurde getötet, andre, denen es gelang, auf das Ufer zu gelangen, wurden schwer verletzt.

**Wente-Zant.**

71. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 26. Juni.

Die Hochschulzöller Graf Kanitz und Schlumberger zogen heute geraume Zeit die Kommission von der Sache ab. Der erstere durch die Aufrollung der Doppeltariffrage. Zu der sich darüber entzündenden Debatte wurde schließlich Graf Wosadowitz herbeitelephoniert, der auch alsbald erschien. Gründlich wurde die Frage nicht erörtert, sie wird wohl später noch mehrmals berührt werden. Schlumberger erging sich in den heftigsten Auslassungen gegen die Abgg. Förster-Sachsen, Müller-Fulda und Münch-Ferber, die Anträge auf Herabsetzung der Zölle gestellt hätten. Redner versiegte sich zu beleidigenden Schimpf- und Schmähworten, die dann zu einer Geschäftsordnungs-Debatte und heftigen Protesten führten. Dr. W. konstatierte dabei, daß diese Hinausschiebung der Beratung nicht durch die Linke, sondern durch Graf Kanitz und Schlumberger veranlaßt sei.

Nachdem die Zölle auf Baumwollgarn herabgesetzt worden sind, beantragen die Webervertreter Müller-Fulda, Förster-Sachsen und Münch-Ferber eine entsprechende Herabsetzung der Zölle auf dicke Gewebe, während die Sozialdemokraten Befreiheit beantragen.

Die Regierung läßt durch Geheimrat Lufendörfer die Erklärung abgeben, daß sie sich die Entschliebung über die Herabsetzung der Garnzölle bis zur 2. Lesung vorbehalten und darum auch zu den vorliegenden Anträgen sich nicht endgültig äußern werde; Redner ersuchte, die Vorlage anzunehmen.

Graf Kanitz, der für die Vorlage tritt, macht hierbei die Bemerkung, daß im Wirtschaftlichen Ausschuss bei Besprechung der Sachverständigen die Frage des Doppeltarifs angeregt und von der Regierung bejaht worden sei. Die Differenz des Doppeltarifs habe ca. 25 Proz. betragen.

Da hiergegen der Geheimrat Vermuth Verwahrung einlegt und betont, daß ein Doppeltarif nie beabsichtigt sei und nicht bestrebt, entspringt sich eine lange Debatte darüber, ob die Frage des Doppeltarifs unter Zurückstellung der Pol. 444 jetzt besonders beraten werden soll. Inzwischen ist Graf Wosadowitz erschienen, der sofort in die Debatte eingreift und erklärt, im Wirtschaftlichen Ausschuss seien die Sachverständigen befragt worden, welche Zölle zum Schutz und zur Hebung der heimischen Industrie für nötig gehalten würden und wie viel bei handelspolitischen Verhandlungen nachgelassen werden könne. Daraus seien Differenzen entstanden. Die Regierung sei eben nach diesen Sachverständigen-Berichtungen dann selbständig zu den Sägen des Entwurfs gekommen. Das sei kein Doppeltarif.

Graf Kanitz erwidert, es komme eben darauf an, was man unter Doppeltarif verstehe, er behaupte, die Differenz zwischen den Sägen des Tarifentwurfs und dem, was man bei handelspolitischen Verhandlungen nachgeben wolle, kennzeichne nach seiner Ansicht den Doppeltarif.

Damit schließt die Debatte. Förster-Sachsen verteidigt die beantragte Herabsetzung der Zölle zu Position 444 und will durch sie Verbrauchsartikel des gemeinen Mannes billig machen.

Schlumberger erklärt in großer Erregung, er nicht die Vertreter der Anträge auf Herabsetzung der Zölle, sei der Vertreter der Gesamtwirtschaft; die Antragsteller vertreten nur ihre Ansichten und Interessen. Es wären Versammlungen, z. B. in Dresden einberufen worden, in der man den Interessenten vorgeschwindelt habe, man verachte die Interessen der Weber. D. H. er seien diejenigen, die den dort gegebenen Anregungen gefolgt seien. Der Vorsitzende unterbricht den Redner und meint, er nähme nicht an, daß der Ausdruck „Heber“ sich auf Mitglieder der Kommission beziehe. (Große Heiterkeit.) Schlumberger behauptet weiter, die Zölle herabzusetzen oder zu befestigen, heiße die Arbeiter beschützen.

Darauf erwidert ihm Wandert, Schlumberger habe als Vertreter des großindustriellen Ausbenters nicht die geringste Ursache, sich als Freund der Arbeiter aufzuspielen. Er, Redner, habe voriges Jahr Klage-Verfahren bereist, dabei hätten ihm in den Haupt-Industrieorten die Arbeiter Lohnzettel vorgelegt, die Schand- und Schandhöhe konstatierten. So stehe es um die bescholtenen Arbeiter in Vloth-Verträgen, denen man erst bessere Löhne zahlen möge. Die Anträge der Sozialdemokraten liegen im Interesse der Arbeiter. Auch Grünberg wendet sich gegen Schlumberger. Redner freut sich, daß man die Herren Förster, Münch-Ferber, die über die hohen Dividenden, überhaupt die Profiteure in der Spinnerei Aufklärung geben, jetzt mit als Heber hingestellt habe.

Dann liest Drömel dem Schlumberger gehörig den Text über sein für Spezialinteressen eintretendes Gebahren und weist ihm direkt vor, seine eigenen Interessen hier zu vertreten. Der Vorsitzende rügt diese Ausdrücke. Auch Münch-Ferber protestiert gegen das Auftreten Schlumbergers, der nicht allein der Vertreter der Weber sei und kein Recht habe, die in Dresden versammelt gewordenen Herrn Vertreter der Weber, Schwindler und Heber zu nennen. Das seien Ehrenmänner. Wir, die Antragsteller, vertreten keinen Verband und kein Syndikat, wir stehen hier als Abgeordnete, die das Allgemeininteresse wahrzunehmen haben. Förster und Müller-Fulda schließen sich dem Protest an.

Zu der Abstimmung werden alle Anträge sowie auch die Position 444 der Vorlage abgelehnt. (Große Bewegung und Heiterkeit.) Der Vorsitzende erklärt, es sei dadurch eine Lücke im Entwurf entstanden, die in der zweiten Lesung hoffentlich (Drömel ruft: Mit Gottes Hilfe! Heiterkeit) ausgefüllt werde.

Zu den Positionen 445—447 Sammet und Plüsch sind Zollsätze angedacht: 445 — 80 und 110 M.; 446 — 90 und 120 M.; 447 — 150 und 180 M. Eine Anmerkung setzt einen Zusatz von 20 M. fest für solche Plüsch etc., die anders als durch Pressen gemustert sind. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Müller-Fulda, Förster und Münch-Ferber beantragen folgende Sätze: 445 — 60 resp. 80 M.; 447 — 120 resp. 150 M. Drömel beantragt zu 447 — 90 resp. 120 M.

Zu 445 wird Antrag Förster etc., zu 446 die Vorlage, zu 447 der Antrag Förster angenommen. Die Anmerkung wird abgelehnt. Positionen 448, 449 und 450, Baumwollen-Filze, roh 65, geblickt, gefärbt, bedruckt 100 M., im Stück als Meterware eingeklebt, roh 200, zugerichtet 240, mit Band eingeklebt 280 M., 450, abgekant 280 M.

Zu 449 beantragen Förster etc. 150, 220, und 260 M., zu 450 — 260 M.; die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Pol. 448 wird nach der Vorlage angenommen.

Wandert begründet den Antrag auf Zollfreiheit.

Zu Pol. 449 und 450 werden die Anträge Förster angenommen; die Anmerkung wird abgelehnt.

Pol. 451 Z 11, roh, ungemustert 80 M., roh, gemustert 180 M., zugerichtet 250 M.

Reichhaus begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit.

Nach längerer Debatte, in der besonders auf die sächsische Textil-Industrie Bezug genommen wird, wird folgender Antrag Förster angenommen:  
Zoll: M.  
roh, auch zugerichtet (appretiert), ungemustert 90,—  
roh, auch zugerichtet (appretiert), gemustert 120,—  
geblickt, gefärbt, bedruckt 250,—  
Anmerkung zu streichen.

Schluss 2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 8 Uhr.

**Vierte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.**

München, 25. Juni 1902.

Die Generalversammlung schloß heute in der Beratung der auf eine Änderung des Unterstützungs-Regulativs abzielenden Anträge fort. Eine Anzahl Anträge verlangt die Aufhebung der Gauzschüsse und Zahlung erhöhter Unterstützungen aus der Verbandskasse. Nach längerer Debatte werden alle diese Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Weitere Erörterungen betreffen Anträge, die sich auf die Zahlung von Orts-Unterstützungen beziehen in Fällen, wo der Betroffene im Auslande gearbeitet hat, dort aber konditionslos geworden ist, ohne im Auslande unterstützungsberechtigt geworden zu sein. Ein Antrag München, daß in den eben dargelegten Fällen sofort die Orts-Unterstützung eintreten soll, wird angenommen.

Ein Antrag des Verbandsvorstandes, eine präzisere Fassung für den die Gemahregelten-Unterstützung festsetzenden § 2 zu beschließen, um Mißbräuche, die bei der Verlangung von Gemahregelten-Unterstützung in mehreren Fällen zu konstataren waren, vorzubeugen, rüst eine lebhaft Debatte hervor. Die Mehrzahl der Redner erklären sich gegen den Antrag, eine Einschränkung der Gemahregelten-Unterstützung würde die Bewegung gefährden und die Organisation benachteiligen. Die Fälle, in denen Mißbrauch mit der Gemahregelten-Unterstützung getrieben werde, seien nicht so zahlreich, daß sich eine Änderung des bisherigen Zustandes rechtfertigen ließe. Von anderer Seite wird dem gegenüber betont, daß das Eintreten für den Tarif selbstverständliche Pflicht sei und keine besondere Prämie verdiene, die Gemahregelten-Unterstützung könne überhaupt fortfallen.

Nach längerer Aussprache zieht der Vorstand seinen Antrag zurück. Döblin spricht dabei die Hoffnung aus, daß die Aussprache gute Folgen zeitigen und die Mißbräuche in Bezug auf das Verlangen von Gemahregelten-Unterstützung beseitigen werde.

Ein Antrag des Verbandsvorstandes will denjenigen Mitgliedern, die gezwungen sind, um Entlassungen zu verhandeln und das Ausbleiben die Dauer von mindestens einer Woche erreicht, Arbeitslosen-Unterstützung gewähren.

Der Antrag wird angenommen, ein weitergehender Antrag Berlins, auch bei freiwilligem Ausbleiben Arbeitslosen-Unterstützung zu gewähren, wird abgelehnt.

Mehrere Anträge bezogen die Erhöhung der gewährten Unterstützungsgelder. Angenommen wird ein Antrag des Vorstandes: „Als Unterstützungen werden gewährt bei Entfernungen von einem Orte zum andern bis zu 20 Kilometer Entfernung 20 M., für jeden weiteren Kilometer bei bis zu 200 geleisteten Wochenbeiträgen 1 Pf. mehr bis zum Höchstbetrage von 100 M. Freiwillig umliegende und solche Mitglieder, welche weniger als 100 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten von vorstehenden Sägen die Hälfte. Nach Leistung von 300 Wochenbeiträgen wird außerdem für jedes zur Zahlung des Jahrgeldes verpflichtete Familienmitglied 1 Pf. pro Kilometer gewährt.“

Dem Vorstand wird folgende Bestimmung beantragt: „Mitglieder, welche innerhalb drei Jahren zusammen 90 Wochen lang Unterstützung für Arbeitsunfähige bezogen haben, gelten ebenfalls als ausgeheiratet.“

Von einzelnen Rednern werden Beispiele angeführt, die beweisen sollen, daß es sehr viele Kollegen in der Verrechnungskasse ihrer Arbeitslosigkeit sehr weit gebracht haben. Von anderer Seite, namentlich von D. m. u. Hamburg, wird die neue Fassung lebhaft bekämpft. Der Verband sei dazu da, für die Kranken und Alten zu sorgen, nicht dazu, sie abzuschließen. Döblin verweist den Vorstand gegen den Vorwurf der Zukunftsangst. Der Antrag richte sich nicht gegen brave Kollegen, sondern nur gegen die Parasiten.

Der Antrag des Vorstandes wird abgelehnt.

In einer mehr allgemeinen Debatte über die Invaliden-Unterstützung wird vom Vorstand betont, daß bisher die Anerkennung der vollen Invalidität sehr leicht zu erreichen sei, es müsse hier strenger verfahren werden, denn jetzt werde mancher grober Lügner verfahren.

Nachdem noch einige Anträge verwaltungsrechtlicher Natur angenommen worden sind, schließt die heutige Sitzung um 1/2 Uhr. Nachmittags unternahm die Delegierten einen Ausflug nach dem Starnberger See. Morgen, Donnerstag, stehen die Verichterstattung über den letzten Gewerkschaftskongress und die Haltung des „Korrespondent“ zur Verhandlung.

**Prozeß Canden und Genossen.**

Zweihundzwanzigster Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Vordirektor Heideich sprechen sich zunächst die Kaufmännischen Revisions-Vorstände M. a. l. a. h. o. w. s. k. i. und vereideter Kreidator M. J. o. h. e. über den Wert des Grundstückes Brüderstr. 5/6 aus. Ersterer hat im Dezember 1899 im Auftrage der Deutschen Grundschuldbank eine Taxe angefertigt, welche das Grundstück auf 2 024 800 Mark bewertete. Es erläutert dies dahin, daß er bei seiner Taxe nicht nur den ziffermäßigen Wert, sondern auch den Spekulationswert des Grundstückes in Betracht gezogen habe. Damals habe man sich noch auf der Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung befunden und die Umgestaltung des Schloßplatzes durch Niederreißung von Häusern hatte damals als Projekt eine gewisse Konsistenz angenommen und ein solches Projekt mußte auf den Wert des für die Bebauung sehr günstig gelegenen Grundstückes einwirken. Es habe eine bebauungsfähige Fläche von 974 Quadratmetern, den Grund- und Bodenwert habe er mit ca. 1,5 Millionen Mark berechnet. Tatsache sei doch auch, daß die Häuser in der Brüderstraße fast durchweg in festen Händen sich befinden und nicht verkauft werden, und daß infolge der Niederlegung zahlreicher Häuser in der Scharten- und Gertraudenstraße und in der dortigen Gegend überhaupt ein zu Geschäftszwecken zu erichtendes Gebäude eine außerordentlich hohe Rentabilität gewähre. Das jetzt vorhandene Gebäude habe eigentlich nur einen Abbruchwert, bei seiner Verfertigung habe er alle die angegebenen Momente in Berücksichtigung genommen. — Staatsanwalt Weid: Sie haben also eigentlich etwas geschätzt, was gar nicht real vorhanden war, sondern in der Zukunft lag. — Sachverständiger M. a. l. a. h. o. w. s. k. i.: Ja. — Rechtsanwalt Verstein: Wenn Sie die Frage des Staatsanwaltes bejahen, dann muß ich bitten, die Momente ganz genau anzugeben, die zur Feststellung des wirklichen realen Wertes führen können. — Der Sachverständige giebt diese Momente an und kommt zu der Schlusszahl 1 859 800 M.

Der vereidete Kreidator J. o. h. e. hat am 10. Juli 1901 eine Taxe angefertigt. Er erklärt, daß seine Aufgabe nicht gewesen sei, eine Zukunftstaxe aufzunehmen, sondern eine Taxe des Wertes, welchen das Grundstück an jenem Tage in Wirklichkeit hatte. Er hat nur einen Wert von 733 065 M. herausgerechnet. Er berechnet den Grundwert mit 712 000 M. den Raumwert mit 225 000 M., d. i. zusammen 937 000 M. Der hierzu in keinem Verhältnis stehende Ertragswert betrage 528 000 M., das Mittel zwischen diesen beiden Zahlen betrage 733 000 M.

Die Taxe des Kreidators wird von den Verteidigern Rechtsanwalt Verstein und Justizrat Stern energisch bekämpft.

Ob. Rat S. e. t.: Die Hypothekendarlehen müssen den Spekulationswert völlig ausschließen; es ist dies ein sehr zweifelhafter Wahrsch, der für eine Verleumdung durch eine Hypothekendarlehen unbedingt nicht verurteilt werden darf. Für sie kommt nur der sofort erzielbare Verkaufspreis in Betracht, und ein solcher ist in der Brüderstraße nach effektiven Verhältnissen nicht festzustellen, da Hausverkäufe dort so gut wie nicht stattfinden.

Ein als Zeuge vernommener ehemaliger Bankbote der Preußenbank bekundet, daß er in einem Falle vergeblich versucht habe, bei Herrn Generalkonsul Schmidt fällige Hypothekenzinsen einzulassen.

Als Zeugnisszeuge für den Angekl. Heint. Schmidt wird auf Antrag der Verteidigung der Sozialist Lunde aus Neustrelitz vernommen. Er kennt den Angeklagten seit 1884, ist auch mit ihm zusammen bei der Revision der Mecklenburgischen Bank thätig gewesen und giebt ihm das Zeugnis eines sorgfältigen, rechtschaffenen und ehelichen Menschen, mit dem zu verkehren ihm eine große Freude gewesen sei.

Es folgt sodann eine längere Darlegung des Zeugen J. a. n. i. e., Prokurist der Firma Anhalt u. Wagner Nachf., über die Art, wie die Firma aus ihren Verpflichtungen durch Verträge mit den Banken etc. herausgelassen ist. Unter Vorführung eines ungenügenden Zahlmaterials sucht der Zeuge darzulegen, welche Schweregelten der Firma von den in Vertragsverhandlungen eingetretenen Banken gemacht worden sind und ob Anhalt u. Wagner im Hande gewesen wären, ihre Gläubiger — falls die Katastrophe nicht eingetreten wäre — voll zu befriedigen. Die Neue Wohnbau-Gesellschaft, welche sich eine sogenannte „Ausfallsforderung“ von 800 000 M. konstituiert und darauf auch 35 Proz. erhalten, habe tatsächlich mehr erhalten, als sie laut Vöcher zu beanspruchen hatte; auf ihre Bedingungen habe eingegangen werden müssen, weil sie fortwährend mit Kontinuitätsdrohungen drohte.

Staatsanwalt Weid: Die volle Befriedigung der Gläubiger habe darin bestanden, daß 40 oder 35 Proz. gezahlt worden sind und die Aktiengesellschaft in dem Verträge mit faulen Werten befriedigt worden ist.

Justizrat Stern hält dies für unzutreffend. Schließlich giebt Vöcherrevisor H. u. s. t. e. eine Darstellung des von ihm in Verbindung mit Vöcherrevisor K. r. u. s. e. aus den Vöcherrevisor gemachten Feststellungen bezüglich des Luise-Theaters. Sie gipfeln darin, daß 1898 ein effektiver Betriebsverlust von 127 000 M. entstanden ist. Für 1899 fehlte es an den Unterlagen.

Nachdem der Gerichtshof beschlossen, den Antrag auf Vernehmung des Sachverständigen Krons über den Wert des Hauses Brüderstr. 5/6 abzulehnen, verläßt der Vorsitzende die Verhandlung auf Freitag 9 Uhr.

**Der Leipziger Bankprozeß.**

Aus Leipzig wird vom Donnerstag berichtet: In der heutigen Verhandlung kamen einige seltsame Umhüllungen zur Sprache. Eine solche betrifft den Verkauf von 400 000 5-prozentigen Obligationen der Golddevisations-Aktiengesellschaft in Riga an die Firma Borwerk Behr. u. Co. in Hamburg, unter der Garantie der Bank für Amortisation und Verzinsung. Das Geschäft wurde im Mai abgeschlossen, aber ebenfalls auf den 31. Mai 1899 zurückdatiert.

Am 7. Juni 1899 wurde zurückdatiert: Am 1. April 810 000 Mark, 18. April 850 Mark, 10. April 5000 Mark, 13. April 41 740 Mark, 22. April 12 634 Mark, 6. Juni 238 100 Mark, 7. Juni 812 000 Mark und zwar sämtliche Posten auf den 1. März 1899.

Staatsanwalt Dr. Weber führt aus, wie lausnämlich unkorrekt von der Bank verfahren worden sei.

Nach Ansicht des Sachverständigen Kommerzienrats Stiedlin hatte diese unerhörte Buchführung den Zweck, einen Einfluß auf die Bilanzen von Rassel auszuüben. Egner giebt zu, daß er den Auftrag hierzu gegeben habe. Sachverständiger Schlieper weist auf die enorme Höhe der geleisteten Garantienprovision von 1 1/2 Proz. hin; das zeige, daß das Geschäft nicht ein reines Depositen-geschäft, sondern vielmehr ein Vorziehungsgeschäft gewesen sei. Es erfolgt sodann die Vernehmung der Herren Kommerzienrat Stiedlin, Planth, Schlieper und Daltrop als Zeugen. Nach der Ansicht Planths waren drei Viertel der Treberaktien in den Händen der Verwaltung, nur ein Viertel in den Händen des Publikums.

Sachverständiger Bankdirektor Herrmann verweist sich dagegen, daß derartige Geschäfte, wie sie von der Leipziger Bank gemacht wurden, auf börsenmäßigen Usancen basieren. Es handelt sich weiter um eine Umschreibung von 4 672 751 M. Wechsel vom 27.—30. März 1899, deren Einlösung von den Akzeptanten eigentlich nicht zu erwarten war, und die tatsächlich nicht eingelöst wurden.

Wie Egner ausführt, stand es fest, daß die Trebergesellschaft durch die Transaktion mit der „Caisse commerciale“ in Brüssel einen großen Betrag flüssig erhielt, der der Leipziger Bank zufließen konnte. Es wird dann die Genehmigung des Aufsichtsrates vom 25. Februar 1899 zu den Geschäften mit Belgien mitgeteilt; auch Egner hatte sich mit 150 000 Frank an der belgischen Gesellschaft beteiligt. Der Vorsitzende drückt sein Erstaunen darüber aus, daß sich Dr. Gensich und alle Angeklagten so von der Verantwortlichkeit Egners freisprechen ließen. Alle sagen, daß sie das feste Vertrauen gehabt haben, daß die Sache für die Trebergesellschaft zu einem guten Ende geführt werde. Man habe nach bestem Wissen und Gewissen in Hande geglaubt. Egner bemerkt, die drei belgischen Finanzgesellschaften hätten doch auch Vertrauen zu der Trebergesellschaft gehabt.

Darauf wird die Verhandlung auf morgen vormittag 9 Uhr verlag.

**Gewerkschaftliches.**

Berlin und Umgegend.

**Der Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustriellen.**

oder richtiger gesagt, gegen das Kontroll- und Mafregelungsbureau der Herren W. h. h. a. h. a. r. d. und Genossen, wird von den organisierten Holzarbeitern mit ungeahnten Kräften fortgesetzt. Ueber die Situation dieses für die Interessen der beteiligten Arbeiter bitter notwendigen Kampfes erstattete Blocke am Mittwoch in einer Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes Bericht. Infolge des früher gefassten Beschlusses, wonach jeder Holzarbeiter den genannten Arbeitsnachweis zu melden hat, sind wöchentlich ca. 600 Kollegen zu unterstützen. Der Zu- und Abgang an Arbeitslosen beträgt pro Woche durchschnittlich 230, so daß im Laufe der letzten vier Monate rund 3500 Kollegen vorhanden waren, die teils von den Meistern unter der Hand eingestellt, teils durch den Arbeitsnachweis des Verbandes in Arbeit gebracht wurden. Nach dem Bericht des Juniorsvorstandes will dieser in dem gleichen Zeitraum 6000 Stellen bei nur 4800 eingeschriebenen Arbeitern vermittelt haben, ein Amstuck, welches er nur dadurch fertig bringt, daß er die von den Meistern nach dem Arbeitsnachweis überhaupt als besetzt gemeldeten Stellen sämtlich mitzählt. Die Ausgabe an Arbeitslosen-Unterstützung beläuft sich auf 74 000 M. In letzter Zeit haben sich die Einnahmen aus den Extrabeiträgen etwas vermindert. Sollte der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt werden, so empfehle sich die Abreise der ledigen Arbeitslosen und eine Reducierung der gegenwärtigen Gesamtbeträge von 85 auf 50 Pf. Letzterer Satz sei obligatorisch einzuführen, eventuell sei auch die vom Verbandstag beschlossene Arbeitslosen-Unterstützung für Berlin schon jetzt festzusetzen.

Die Versammlung beschloß mit ihren Werkstatkollegen Rücksprache zu nehmen und in einer zum nächsten Mittwoch einberufenden Vertrauensmänner- und Generalversammlung über die weiteren Maßnahmen endgültig Beschluß zu fassen.

Zu derselben Zeit, wo die Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbandes die weiteren Maßnahmen im Kampfe gegen die Unterdrückungsgehalte der Unternehmer beraten, hatten diese selbst auf Einladung ihrer Führer sich im Concordiasaal eingefunden. Die seit Wochen in der „Frohzeitung“ erscheinenden Artikel, welche bestimmt sind, die Tischlermeister gegen den Holzarbeiter-Verband scharf zu machen und ihnen die Vernichtung des Arbeitsnachweises zu empfehlen, haben die gewünschte Wirkung nicht gehabt. Dem toten Buchstaben der Zeitungsartikel sollte durch das lebendige Wort Raabius gegeben werden. Die Herren vom Stabe der Berliner Holzindustriellen gaben

sich denn auch die größte Mühe, nach dieser Richtung zu wirken. Diese Herren, die mit ihrem Arbeitsnachweis die Absicht verfolgen, die Arbeiter jeder Bewegungsfreiheit zu berauben, und sie zu willkürlichen Geschehnissen der Unternehmer zu machen, diese Herren reden den von ihnen „geübten“ Tischlermeister ein lautes und breites vom Terrorismus der Arbeiter vor, die sich nicht ohne weiteres unter die Aufsicht des Kontrollbureaus stellen wollen. Das Resultat der Unternehmer-Versammlung waren folgende gegen zahlreiche Stimmenthaltungen gefasste Beschlüsse:

1. Arbeitnehmer, welche bisher in Berlin oder den Vororten gearbeitet haben, dürfen unter keinen Umständen ohne Entlassungsschein eingestellt werden.

2. Arbeitnehmer, welche nach ihrer Angabe von auswärts zu gereist sind, dürfen ohne Entlassungsschein nur eingestellt werden, wenn sie glaubhaft nachweisen, daß sie bisher außerhalb Berlins und der Vororte thätig waren.

3. Sollen Arbeiter ohne Vermittelung des Arbeitsnachweises durch den Arbeitgeber direkt eingestellt werden, so ist zuvor in allen Fällen unter genauer Angabe des Vornamens, Geburtsortes und Geburtsorts des einzustellenden sowie Art seiner Beschäftigung und unter Weisung des Entlassungsscheines dem Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen. Es ist jedoch mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß auch diese Arbeiter den Arbeitsnachweis persönlich aufsuchen.

4. Befreiungen einzelner Mitglieder von den unter Nr. 1 bis 3 ihnen auferlegten Verpflichtungen finden nicht statt.

Um aber dem § 3 nicht etwa eine mißverständliche Deutung zu geben, wurde ausdrücklich betont, daß der Grundgedanke, der die Gewährung des Erfolges verbürgen soll, immer der bleibt, Gesellen nur durch den Arbeitsnachweis der Zuzugung und niemals ohne Entlassungsschein einzustellen.

Des Weiteren wurde bei gleicher Stimmbeteiligung beschlossen, den Holzarbeiter-Verband aufzulösen, die verhängten Sperren aufzuheben, widrigenfalls eine allgemeine Aussperrung erfolgen solle.

Auch mit der allgemeinen Aussperrung wurde gedroht. Da eine solche sehr vielen Weisern aber mindestens ebenso wehe thut, wie den Gesellen, so fand dieser Gedanke nur wenig Anklang. Man einigte sich schließlich dahin, einer demnächst einzuberufenden Versammlung den Antrag vorzulegen: Alle Lohnarbeiter sofort und die Accordarbeiter nach Fertigstellung des Accords zu entlassen, dieselben aber sofort wieder einzustellen, wenn sie einen Schein vom Arbeitsnachweis bringen.

Dieser Plan, wenn er wirklich zum Beschluß erhoben werden sollte, wird wohl kaum in nennenswerter Weise ausgeführt werden. Er soll wohl auch nur eine Drohung darstellen, durch die sich jedoch die organisierten Arbeiter nicht einschüchtern lassen werden. Die Beschlüsse der letzteren zeigen vielmehr, daß sie willens sind, die Absichten, welche durch den Arbeitsnachweis verwirklicht werden sollen, mit aller Energie zu vereiteln.

Die Lohnbewegung der Bauarbeiter macht günstige Fortschritte. Am Donnerstag haben wieder 6 Firmen bewilligt, so daß jetzt 620 Mann auf 66 Bauten zu den neuen Bedingungen arbeiten. Auf 83 Bauten ruht die Arbeit, u. a. sind auf dem Erweiterungsbau der Elektrischen Centrale in Ober-Schöneweide 45 Mann in den Streik getreten.

Nach der Gasanfall in Nixdorf wurden gestern 18 Arbeitswillige unter polizeilicher Bedeckung gebracht. — Ist es das böse Gewissen der Streikbrecher, welches Scham hinter Fiedelhauben sucht, oder glaubt die Polizei aus freien Stücken und ohne jede Veranlassung — denn eine solche liegt doch nicht vor — die Arbeitswilligen „bedecken“ zu müssen.

### Deutsches Reich.

**Von der Aussperrung im Hamburger Bangewerbe.** Die Polizei und Unternehmer miteinander weisern, um die eifrig gesuchten, sich aber nur in kleiner Zahl findenden Streikbrecher mit derjenigen Zuverlässigkeit zu empfangen, die diesen Elementen nach herrschender Auffassung gebührt, das zeigt folgendes Beispiel, welches übrigens nur eins von vielen ist: Am Mittwochmorgen kurz nach 4 Uhr kamen circa 30 Mann arbeitswillige Maurer auf dem Berliner Bahnhof an. Die Arbeitgeberchaft war mit 3 Wreals auf dem Platz erschienen. Die Polizei war zu Fuß und hoch zu Ross vertreten. Keiner durfte in der Nähe der Arbeitwilligen kommen. Jeder wurde mit sofortiger Verhaftung bedroht, wenn er dem Transport lebendiger Ware etwas näher kam, als es die Beamten für gut hielten; selbst harmlose Spaziergänger wurden angehalten. Am schlauesten ging die berittene Schutzmacht auf Werke; sobald auch nur ein Spaziergänger neugierig sich näherte, setzte er sich der Gefahr aus, niedergedrückt zu werden. Eine des Weges kommende Familie, bestehend aus Mann, Frau und einem Kinde, waren durch diese seltsame Klippe der Gefahr ausgesetzt, von den Düsen des Pferdes getreten zu werden. Der Bahnhof wurde den Streikenden vollständig verboten; selbst auf der Abfahrtsstelle behüllte man die Streikenden, wollte denselben auch hier den Ausentsatz verbieten und sie am Abfahren hindern.

Auf der Suche nach Streikbrechern gehen die Hamburger Unternehmer schon über die Grenzen Deutschlands hinaus. Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet, ist dort im Gasthof zum weißen Wolf ein Werkbureau für Streikbrecher nach Hamburg eingerichtet. Ein Transport soll bereits von Wien abgegangen sein.

**Die Aussperrung der Bauarbeiter in Kiel** ist dieser Tage in drei großen Volksversammlungen erörtert worden, die von etwa 7000 Personen, Angehörigen aller Stände, besucht war. Eine Resolution wurde angenommen, welche besagt, daß die Kieler Bürger ohne Unterschied des Standes und der Partei das Verbot der Bauunternehmer verurteilen, weil diese den Arbeitern den Kampf aufgezwungen haben, um ihnen unter der Maske eines Vertrages das Koalitionsrecht zu entreißen, damit sie (die Unternehmer) ungehindert Boden- und Wohnungswucher treiben können. Ferner verurteilt die Resolution, daß der Magistrat von Kiel durch Begünstigung der Unternehmer in den Kampf eingegriffen hat und daß die Stadtverordneten mit keinem Worte diesem Uebergriff entgegengetreten. — Weiter heißt es: Abhilfe gegen die verhängnisvollen Folgen des verkehrten kommunalpolitischen Verhaltens, das Wohnungswucher, Auspöckerung der Arbeiter und Verpehung der Stadt in Aussicht stellt, gewährt nur eine social gerichtete eigne Wohnungspolitik der Stadt. Als den Anfang einer solchen fordert die Versammlung die sofortige Errichtung von 50 dreistöckigen Häusern mit Zweifamilienwohnungen auf städtischem Terrain und in städtischer Regie.

Eine in den Versammlungen gewählte Deputation hatte am Dienstag eine Unterredung mit dem Oberbürgermeister, um ihm die Forderungen der Resolution vorzutragen. — In dem Verlaufe, daß städtischerseits Wohnungen gebaut werden sollen, erklärte der Oberbürgermeister als seine persönliche Meinung, daß diese Angelegenheit im Magistrat „geprüft“ werden solle. — Das Resultat dieser Prüfung bleibt abzuwarten.

**Die Maurer und Zimmerer in Dortmund** befinden sich in einer Lohnbewegung, sie ersuchen deshalb um Fernhaltung des Zugangs.

### Ausland.

Der „Dänische Arbeitsmanns-Verband“ hielt vom 19. bis 22. Juni seinen Verbandstag in Kopenhagen ab. Es waren 189 Delegierte von 97 Abteilungen erschienen, die 2279 Mitglieder repräsentierten. Der Verband hat in den letzten zwei Jahren trotz der allgemeinen Geschäftslage um 1422 Mitglieder zugenommen. Die überaus günstige Entwicklung dieser Organisation hat selbst bei Kennern der dänischen Gewerkschaftsbewegung Erstaunen erregt. Wie der Verbandsvorsitzende Folke Thorsager in seiner Uuagie ausführte, ist für ca. 20 000 der Mitglieder bereits eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit erzielt worden. Auch in den letzten beiden Jahren wurden in verschiedenen Häusern nennenswerte Erfolge errungen; 4349 Mitglieder mußten dafür in den Streik treten. — Als Verbandsvorsitzender wurde Folke Thorsager abgeordneter Syngste einstimmig wiedergewählt.

**Der Straßenbahnerstreik in Neapel** ist, wie wir bereits mitgeteilt haben, beendet. Der Wiener „Arbeiterzeitung“ wird aus Neapel gemeldet, daß die Ausführenden einen vollen Sieg errungen haben.

**Die Rechte der Abfuhrgesellschaft Ferri in Bologna** haben der langjährig bestehenden Gesellschaft Forderungen überreicht. Die verlangten gleiche Arbeitszeit wie die städtischen Fahrer, Erhöhung des Tagelohns auf 2 Lire, wöchentliche Lohnzahlung und 25 Centesimi für jede Ueberstunde. Die Dienstleistung soll von der Gesellschaft geliefert werden und der Abzug von wöchentlich 25 Centesimi für die Unfallversicherung soll aufhören.

**Arbeiterstand in Bulgarien.** In Borna sind, wie aus Sofia gemeldet wird, 500 Arbeiter des größten (englischen) industriellen Establishments in Bulgarien, der dortigen Baumwollspinnerei, in den Ausstand getreten, angeblich weil sich die Arbeiter weigern, der an sie gestellten Anforderung, auf eine bestimmte Unfallversicherung zu verzichten, Folge zu leisten.

## Aus Industrie und Handel.

**Aktiengesellschaft für Montanindustrie in Berlin.** In dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht dieser Gesellschaft, deren beabsichtigte Rekonstruktion wir schon kürzlich meldeten, heißt es: „Die in unserm vorjährigen Geschäftsbericht erwähnten ungünstigen Umstände — harter Rückgang der Konjunktur auf allen Gebieten der Industrie, insbesondere der Montanindustrie und die nachteiligen Wirkungen der verkehrseindlichen Bestimmungen der Vorlesegesetzgebung — haben auch im abgelaufenen Geschäftsjahre in besonders verhängnisvoller Weise ihren nachteiligen Einfluß auf unser Unternehmen aus. Die Ueberproduktion auf dem Eisen- und Stahlmarkt infolge der vielen neu entworfenen Werke veranlaßten einen Rückgang der Preise, der so bedeutend war, daß die Werke nicht ihre Selbstkosten durch die Verkaufspreise deckten. Der Rückgang des Verbrauches im Inlande zwang die großen Werke, Absatz ihrer Produkte im Auslande zu suchen, der nur zu nicht lohnenden Preisen möglich war. Infolge der Schwierigkeiten des Absatzes ging die Produktion der Eisen- und Stahlwerke bedeutend zurück und veranlaßte, daß in denjenigen Kohlenorten, die speziell von der Eisenindustrie verwendet werden, der Absatz sich entsprechend verminderte.“

Nachdem dann über die Lage der einzelnen Unternehmungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, nähere Auskunft gegeben worden ist, wird über die Verluste im vergangenen Jahre berichtet: „Der bilanzmäßige Verlust beträgt 1 009 618,44 M., hierzu Abschreibungen: auf Effekten-Conto 2 984 810,57 M., auf Kontrahenten-Conto 1 811 513,15 M., auf Debitoren inkl. Reservebestellung 388 701,50 M., auf Grund und Grundbesitz 104 000 M., zusammen 5 043 143,66 M., es resultiert daher nach Anpassungnahme des Reservefonds in Höhe von 295 705,84 M. ein Fehlbetrag von 4 747 438,82 M. Zur Deckung dieses Fehlbetrages beantragen wir, das Grundkapital von 12 Mill. Mark darauf auf den Betrag von 6 800 000 M. herabzusetzen, daß bis zu 1 1/2 Millionen Mark eigene Aktien zum Kurse von 60 Proz. zurückgekauft werden und das Restkapital im Verhältnis von 5:3 zusammengelegt wird.“

**Zur Lage auf dem Coaksmarkt.** Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ erhält Kenntnis von einem Rundschreiben des Coaksgenossenschafts, nach welchem bei der Unsicherheit der Lage des Roheisenmarktes eine Reihe von Werken, insbesondere die reinen Hochofenwerke mit ihren Coakabschlüssen für das 2. Semester noch zurückgehalten. Ebenso zieht es eine Anzahl von Sicherheiten vor, mit der Deckung ihres Coakbedarfes zu warten. Unter diesen Umständen müsse für Juli mit einer Einschränkung von etwa 35 Prozent gerechnet werden.

**Schlesische Kleinbahn-Gesellschaft.** In der heutigen Generalversammlung beantragte zunächst Regierungsrat Magnus als Vorsitzender, die Generalversammlung möge sich dafür erklären, daß die Tochtergesellschaften, die Oberschlesische Dampf- und Straßenbahn-Gesellschaft und die Oberschlesische Kleinbahnen und Elektricitätswerke A.-G., aufgelöst werden und in die Schlesische Kleinbahn A.-G. übergehen, und daß der Sitz der Gesellschaft nach Oberschlesien verlegt werde. Die für diese Eingliederung erforderlichen Statutenänderungen würden dann einer außerordentlichen Generalversammlung vorgelegt werden. Nach verschiedenen Anträgen eines Aktionärs und einer Replik des Direktors Bourat Griebel stimmte darauf die Versammlung dem Antrage des Vorsitzenden zu, genehmigte den Jahresabschluß und die beantragte Dividende von 1/2 Proz. und erteilte gegen eine Minorität von 50 Stimmen der Verwaltung Entlassung.

## Sociales.

**Der Internationale Kongress für Arbeiterversicherung** in Düsseldorf brachte u. a. auch ein Referat des Geheimen Regierungsrat Prof. Konrad Hartmann über: „Die Entwicklung der Unfallversicherungstechnik in Deutschland“. Redner empfahl, um den Erfindetrieb anzuregen, den Weg des Preisauswettens. Eine bedeutende Förderung hat nach seinen Ausführungen die Unfallversicherungstechnik durch eingehende Untersuchungen erfahren, die von staatlichen und privaten Kommissionen, sowie von einzelnen Sachverständigen zur Feststellung besonderer Gefahrenverhältnisse ausgeführt worden sind. Von großem Werte für die Entwicklung der Unfallversicherungstechnik sei auch die Wirksamkeit der staatlichen und berufsständischen Aufsichtsbearbeiter. Von den viel weitergehenden Forderungen der in diesem Punkte doch gewiß sachverständigen Arbeiterchaft und von den Gemüthlichen, die das Unternehmensumfeld in allen Bestrebungen zur Förderung der Unfallversicherung entgegensetzt, scheint der Herr nicht gesprochen zu haben. Interessant war der Vorschlag des Ingenieurs Villani-Mailand, der zur Unfallversicherung farbige Gefahrenmarken empfahl. Alle gefährlichen Stellen an Maschinen zc. sollen mit einer bestimmten, allen Arbeitern als Gefahr kennzeichnenden Farbe deutlich sichtbar markiert werden. Der Vorschlag ist gewiß beherzigenswert; er verhilft leider nicht, daß Arbeiter über die Gefahr angehalten oder in unmaßig langer Arbeitszeit angehalten werden. Bekanntlich arbeitet auch die Eisenbahn und der Schiffahrtsbetrieb mit farbigen Signalen; in beinahe allen Fällen, wo diese nicht beachtet werden, so daß ein großes Unglück die Folge war, konnte man als Ursache Uebermüdung in Folge überlanger Arbeitszeit feststellen. Es ist charakteristisch, daß die Forderung zur Verkürzung der Arbeitszeit von keiner Seite als bestes Mittel zur Unfallversicherung empfohlen wurde. Man kann vielleicht sagen, keiner der Herren habe sich in seinem Referate eine Aufgabe gestellt, die ihm ein Eingehen auf diese Frage ermöglichte; das ist richtig, aber noch viel bezeichnender für den Geist, der diesen Kongress für Arbeiterversicherung beherrscht.

Ueber australische Arbeiterfürsorge sprach noch Mr. Colburn, der so boshaft war, erst die „vortrefflichen“ Arbeiterversicherungs-Gesetze in Deutschland zu loben und dann die diesbezügliche australische Gesetzgebung zu schildern. In Australien haben drei Staaten Invaliditäts- und Altersversicherung, nämlich New-Scealand, New-Südwales und Victoria. Die Rente wird ausbezahlt im 65. Lebensjahre. Die Maximalrente beträgt in New-Scealand 18 Pfund Sterling, in New-Südwales 20 Pfund Sterling und in Victoria 8 M. wöchentlich. Man vergleiche damit, ohne daß wir das in Australien Erreichte als Ideal ansehen, was man den deutschen Arbeitern als die Krönung der socialen Gesetzgebung geboten hat!

Der letzte Tag des Kongresses war der Frage der Wittwen- und Waisenernährung gewidmet. Herr Dr. Voediker hielt die Angliederung derselben an die in Deutschland bestehenden Versicherung-Organisationen für verhältnismäßig leicht. Damit ist allerdings noch nichts gesagt. Die Hauptfrage wäre sicher die Frage der Kostendeckung, die weit schwieriger ist, als bei der Invaliditäts- und Altersversicherung. Die Arbeitgeber werden sich gegen Beiträge zu einem solchen Unternehmen mit Händen und Füßen sträuben und die Arbeiter allein können dieselben

nicht aufbringen; es bliebe nur die Ausnutzung der Mittel aus allgemeinen Steuermitteln, wie wir sie ja im Reich und für die übrige Socialgesetzgebung fordern. Das Kopfgebreden darüber aber kann sich Herr Dr. Voediker noch ersparen. „Denn, führte er aus: „Es ist klar, daß ein Land wie Deutschland, welches zwei Jahrzehnte die Riesengebäude der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung aufgeführt hat, zunächst einer ausgiebigen Ruhe bedarf, ehe es an den Aufbau eines vierten Gebäudes, welches das teuerste von allen werden würde, herangehen kann.“ — Vorläufig ist die Frage also noch keine acute; daß das Projekt aber das teuerste zu werden verpflcht von allen, die die moderne Gesellschaft zur Lösung der socialen Frage in ihrem Sinne ausgeht, ist nach zwei Seiten hin ein allerdings ungewisses Verstandnis. Es beweist einerseits, wie verhältnismäßig geringfügig die Summen sind, welche für unsere Arbeiterversicherung bisher aufgebracht werden, und zeigt auch, wie gering der Schutz des Arbeiters durch die Socialgesetzgebung bisher ist, sonst müßte lange die entsehlige Thatfrage aus der Welt geschafft sein, daß die Mehrzahl der Arbeiter ihrer Familie vorzeitig entzogen werden. Der nächste Kongress soll 1905 in Wien tagen.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Dritter Wahlkreis.** Heute Freitagabend 8 Uhr findet im Saal des Gewerkschaftshauses eine Parteiversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Dr. Bruno Vorhardt über „Arbeitslosen-Versicherung“ sowie die Errichtung einer Parteipetition für den 3. Wahlkreis.

**Nieder-Schöneweide.** Der Wählerverein hält am Sonntagabend seine regelmäßige Versammlung um 8 1/2 Uhr bei Franz, Grünauerstraße 5, ab. Tagesordnung: Vortrag über Reichstags-Fragen. Die Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Frauen können an der Versammlung teilnehmen.

**Alt-Blonide.** Sonntagabend findet die Erwahl der dritten Wählerklasse in der Zeit von 8-8 1/2 Uhr abends im Lokal von Gabrecht statt. Unser Kandidat ist Vätermeister Hermann Stadelhof. Da die Gegner zu dieser Wahl geschlossen antreten werden, so ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu agitieren und sein Wahlrecht auszuüben, damit der Sieg unser wird. Abends 9 Uhr findet die regelmäßige Mitglieder-Versammlung bei Saß statt.

## Kokales.

### Die Stadtverordneten-Versammlung

hatte gestern ihre letzte Sitzung vor den Sommerferien, aber die Tagesordnung war noch so reichhaltig, daß man bequem zwei Sitzungen damit hätte anfüllen können. Die öffentlichen Verhandlungen endeten erst gegen 11.

Zu einer langen Erörterung führte noch einmal die bekannte Wohnungsvorlage, der vom Magistrat empfohlene Abschluß eines Vertrages mit der Aktiengesellschaft „Berlin zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin“. Der Ausschuß, der sich in den letzten Wochen mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hatte, hat an dem Entwurf des Magistrats Änderungen und Verbesserungen vorgenommen, die zwar erheblich sind, aber doch nicht so bedeutend, daß der Ausschuß-Berichtshatter Stadtk. Kämpf mit Recht hätte behaupten dürfen, durch dieses Unternehmen werde „etwas Außergewöhnliches geleistet“. Unser Genosse Heimann belächelte die Ungültigkeit der bisherigen Leistungen der Gesellschaft und zeigte, daß das Unternehmen keineswegs geeignet ist, wesentlich zu einer Besserung der Wohnungs-Verhältnisse der weniger bemittelten Bevölkerung beizutragen. Die Wohnungen sind weder billig noch in hygienischer Hinsicht ganz einwandfrei. Heimann zog scharf die Grenzlinie, durch die die Socialdemokratie in der Wohnungfrage von den bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung getrennt wird. Die Preisinnigen traten größtenteils für Unterstutzung des Vereins und Abschluß des Vertrages ein, nur eine Gruppe aus der „Alten Linken“, vertreten durch den Stadtverordneten Rast, erklärte sich dagegen, weil ihnen selbst dieser winzige Versuch des Magistrats, auf seine Art an der Binderung der Wohnungsnot mitzuarbeiten, schon zu weit geht. Herr Cassel, der für den größeren Teil der „Alten Linken“ sprach, erwartete von der Thätigkeit des Vereins eine „vorbildliche“ Wirkung. Auch Herr Nathan („Neue Linke“) ist mit dem bisher Geleisteten zufrieden. Die Wohnungen des Vereins würden ja flott vermietet, daraus folge doch, daß auch die Mieter zufrieden seien. In die sich langweilig hinschleppende Debatte kam wieder ein lebhafterer Ton, als Oberbürgermeister Kirchner sich bitter darüber beklagte, daß die Versammlung in einer Frage, die die beiden städtischen Körperschaften so lange beschäftigt habe, den Magistrat jetzt im Stich lassen wolle. Nachdem ein Schluß der Debatte wiederholt, einmal in namentlicher Abstimmung, abgelehnt worden war, kam zuletzt noch Genosse Singer zum Worte. Seine Kritik der schwächlichen Wohnungspolitik, die der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Versammlung hier treiben wollen, erregte den Jorn des Herrn Kuhlmann und veranlaßte den überkritischen Vorsteher, Singer mit einem Ordnungsruf zu bedenken. Die namentliche Abstimmung ergab mit 62 gegen 41 Stimmen die Annahme der Vorschläge des Ausschusses.

Bei zwei die städtischen Wasserwerke betreffenden Vorlagen nahm Genosse Wehl Anlaß, auf die süßen Erfahrungen hinzuweisen, die der Magistrat mit langfristigen Verträgen oft gemacht hat und belächelte die merkwürdige Art, in der der Fiskus mit der Stadt-Gesellschaft machen will. In der neuesten Uebersticht über die Gemeindefiskal-Frequenz gab Genosse Borgmann ein paar notwendige Erläuterungen, gegen die sich Stadtk. Rast gegenstrebte. Der erheiternden Antwort zu wehren suchte, die in der Uebersticht aufgeführten hohen Frequenzen seien „Druckfehler“. Der socialdemokratische Antrag zu der Magistratsverfassung über den Urlaub der städtischen Arbeiter, wurde begründet von unserm Genossen Hünge, der an dieser neuesten That kommunaler Socialpolitik scharfe Kritik übte. Die Sache mußte einem Ausschuss überwiesen werden, der nun erst nach den Sommerferien zusammentreten kann.

**Mit seinen Stiftungen** hat der Magistrat Rech. Nachdem soeben die „König Friedrich-Stiftung“ geschlossen ist, macht sich schon wieder gegen die Angliederung der Stiftung eines ungenannten bekannten Stadtverordneten an die „v. Jordanbeck-Zelle-Stiftung“ eine starke Opposition bemerklich. Diese letztere Stiftung ist bekanntlich „zum Ehren der Angehörigen an die Oberbürgermeister von Berlin, Dr. v. Jordanbeck und Zelle“, mit einem Kapital von einer halben Million Mark begründet worden; sie bezweckt, aus den Jüssen bedürftigen ehemaligen städtischen Beamten (besoldeten wie unbesoldeten), Angestellten und Hilfsarbeitern, sowie deren Hinterbliebenen Unterstutungen zu gewähren. Die von dem ungenannten bekannten Stadtverordneten angebotene „Kirchner-Stiftung“, die vorläufig nur über einen Fonds von 10 000 Mark verfügt, soll nun aber auch Stadträten, Stadtverordneten zc. und deren Hinterbliebenen zu gute kommen. Da die Jordanbeck-Zelle-Stiftung bisher unter den subalternen Beamten, besonders den Hilfsarbeitern zc., manches Gute gestiftet hat, so befürchtet man, daß durch die „Angliederung“ der Kirchner-Stiftung die Interessen der kleinen Beamten geschädigt werden. Man protestiert daher dagegen, die 10 000 M. mit der halben Million zu vermengen, und will höheren Orts dagegen vorflehig werden, daß die beiden so ungleichen und unter so verschiedenen Umständen und Zwecken gestifteten Fonds „in einen Topf“ geworfen werden.

**In den Brachstrassen-Projekten**, die namentlich in den westlichen Vororten der Ausführung harren, hat sich jetzt ein neues gefest. Das südlich des Ringbahngeleises zwischen den Bahnhöfen Friedenau-Wilmersdorf und Schmarndorf auf Wilmersdorfer Gebiet gelegene Terrain befindet



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, den 27. Juni.  
**Neues Opern-Theater (Kroß).**  
Gastspiel der Königlich Hofoper aus Stuttgart. Der polnische Jude. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Im Wiederholung: Offenbach's Cyprien, Palmopol und Perle. — Der Regimentsjunker. — Freyden und Pieschen. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Weissen.** Der arme Jonathan. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metropol.** (Morwitz-Oper.) Carmen. Anfang 8 Uhr.  
**Neues.** Schöne Leute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Residens.** Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Tolle Mitbürger. Anfang 8 Uhr.  
**Belle-Alliance.** Gr. Hierauf: Die Dame aus Trouville. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weiss.** Die Viper. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Jerriffene. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**E. v. Wolzogen's** Bunter Theater (Neberdrei). Anfang 8 Uhr.  
**Schau und Rauch.** Serenissimus-Spielchen u. a. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Wolke.** Vespertina. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Crybens.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Landstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Täglich: Sternwarte.

### Central-Theater.

Heute, den 27. Juni, Anfang 8 Uhr.  
Juni zweitemal:  
**Tolle Mitbürger**  
Gesangsposte in 4 Akte v. A. Schwanow.  
Musik von Kurt Goldmann.  
Morgen und folgende Tage: Tolle Mitbürger.

### W. Noacks Theater.

Prinzenstraße 10.  
Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Nojen und Dornen.**  
Barletta mit Gefang u. Tanz in 2 Akten.  
Im Saal: Tanzkränzchen.

### Allerlei-Theater

früher Pahlmann  
Schönhauser Allee No. 148.  
Heute Freitag, den 27. Juni:  
**Gr. Konzert, Theater, Spezialitäten und Ball.**  
Nur noch 4 Tage:  
Das wunderbarste erfolgreiche Künstler-Personal:  
Molly Vorch x Darasita  
Theodor Lippart x Stos  
Francesco x 4 Vollmers.  
**Guleleka**  
**Bubenstrieche**  
Die Kasserliche ist geöffnet.  
Anfang des Konzerts 8 Uhr.  
Entree 30 Pf.

## Urania. Metropol-Theater

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Die deutsche Ostseeküste.**

## CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.  
Photographische Aufnahmen von der Insel  
**Martinique**  
und von den Schlachtfeldern  
**Transvaals.**  
Im Konzertsaal:  
**Schwedische Künstlerkapelle**  
4 Damen, 2 Herren.

## Passage-Panoptikum.

Der weibl. Affenmensch.  
**Die Seejungfer.**  
Der Tigerknabe.  
Von nachm. 4 Uhr 1/2 stündlich:  
**Damen-Ringkampf.**  
Alles ohne Extra-Entree

## Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Willy Prager**  
16 Elite-Nummern.

## ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Sonntags und Donnerstags:  
3 Musikcorps.  
Entree 1 Mark  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
**Durch fremde Schuld.**  
Ballett mit Gesang in 3 Akten.  
Ballettes. Catrini. Tyrolische Mary Ellys. Grotesque. Rom. Paul Coradini. Brothers Fred. must. Excentric. Mr. Barling. Leb. Photogr. Fred. Marzahn. Troupe. Partion. Musikantenstreiche. Bartings elektrische Feerie. (3000 Witzsprüche.) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

## Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Zugelasse 11-14 Uhr.  
Anna Pote,  
Stimmen-Regulir.

Jedes 5 Pfennig.  
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vorortblätter 1 Uhr, in der Hauptredaktion Reuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
**Damenrestaurant** billig zu verkaufen Kaiserstraße 6. 4436  
50 Hochwaltparzellen, nahe am See, verkauft bei kleiner Anzahlung. Dehler Baumhaus, Gernsdorf, Lindenstraße 15. 3576  
**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, partierre. 437\*  
**Vorjährige elegante Herren-Anzüge** und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-30 Mark. Verkauf Sonntag abends und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. II.  
**Schwarze Anzüge** von 12 bis 60 Mark empfiehlt Schöfänger, Turmstraße 85. 11748\*  
**Leppiche!** (Fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Behn, Haldenscher Markt 4, Bahnhöfstr. 11177\*  
**Sportbillig** Leppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Repetieruhren. Verhans Reander, Große 6. Teilzahlungen gestattet.  
**Pianino** sofort veräußert Ritterstraße 120, I. 227\*  
**Vorjährige elegante Herrenhosen** aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonntag abends und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 11774\*  
**Krankeissholzer** verkaufe billig. Restauration, Dunderstraße 10. 23276

**Teppiche** mit barbauschieren Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, partierre. 437\*  
**Verfallene Pänder**, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Alles Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Wandelste Pringensstraße 28, I. Ecke Rittersstraße. 4276  
**Verfallene Pänder:** Uhren, Ringe, Ketten, Regulatoren spottbillig. Wandelste Alexanderinenstraße 73.  
**Rahmmaschinen**, verfallene, spottbillig. (Kleinhändlerwahl) Wandelste Alexanderinenstraße 73. 26167\*  
**Papageienwahl!** sprechend, fingerstark, junge Stare, anzuleimen, Nidder, Drantenstraße 87. 4468  
**Kanarienvögel** 1/10, Vorkäufer 10,00. Zuchtwiedchen, Gersauer Reanderstraße 7. 2716  
**40 kleine Parzellen** (Borowian), hinter Bus, 10 Minuten vom Bahnhof Spandau, mit und ohne Waldbestand, verkauft für 6 bis 8 Mark die Aute über in Spandau. 4685\*  
**Grundstück** (Borowian), Sommerhäuser, Laube, Robert, Brunnen 1500 Mark, Hälfte Anzahlung (je nach Minuten vom Bahnhof), verkauft für 1200 Mark. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 120. 469\*  
**Gangbare Restauration** (Nabe Gewerkschaftshaus) unabhänderlich zu verkaufen. Zu erfragen Krausstraße 39, im Restaurant. 4656\*

**Steppdecken** billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partierre. 437\*  
**Sportwagen**, verfallener Kinderstuhl, 18 gegen Kinderwagen einzu-tauschen oder zu verkaufen. Hildebrand, Rindberger Allee 43. 190  
**Herrenrad**, Damenrad, hoch-elegant 35,00, Schönhauser Allee 177a. 11816  
**Kleinenwagen**, zweirädrig und verfallener, verkauft Dönerstraße 23. 4705  
**Neu neuen Kinderwagen** verkauft Paulus, Paderstraße 21. 1109  
**Vermischte Anzeigen.**  
**75 Pfennige!** Steuerberatung, Eingabengeld, Materietzung. Aller-billig! Schanischen. Wilmerschen, Kaufverträge, Zahlungsbelege, Gerichtsakten. Duffom, Staligerstraße 141. 4066  
**Rechtsbureau** Fabrik, Adressen-straße dreizehnzig. Rechtsbille, Eingabengeld, Materietzung. 4216  
**Kaufmann**, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puffer, Staligerstraße 65. 35426\*  
**Koffeinfreie** pharmazeutische Behand-lung, Jahnische, pharmazeutische Poliklinik, Chausseestraße 1a. 11556\*  
**Kunstoperier** von Frau Koloski, Steinwegstraße 48, Quergebäude hoch-partierre.

## Belle-Alliance-Theater.

Anfang 8 Uhr:  
"Er". Pariser Lebensbild. Hierauf:  
Zum 181. Mal:  
**"Die Dame aus Trouville"**  
Bei günstiger Witterung auf der neuen Gartendelie.  
Sonabend: Einakter-Abend.

## Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

## Sommertheater Marienbad

Bahnr. 35/36, Gesundbrunnen.  
Heute Freitag:  
Wahlspiel der  
**"Stettiner Sänger"**  
aus den Reichshallen  
sowie das ganze übrige Programm.  
**Berlin wies lebt und liebt.**  
Entree 20 Pf. Anfang 8 Uhr.

## Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15.  
Artistischer Leiter: Gust. Bock.  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**  
Jeden 1. und 15. d. Monats:  
Wechselndes Programm!  
Donnerstag: Elite-Tag.

## Schweizer Garten

Am Königsthor 4029\*  
Am Friedrichshain  
Täglich:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.**  
Freier Damentanz bis 7 Uhr.  
Um 10 Uhr: **Banditenstrieche.**  
Operette in 1 Akt von Suppé.

## "NEUE WELT"

A. Scholz, Hasenheide 108/114.  
Heute, sowie täglich: **Bothe-konzert. Spezialitäten-Vorstellung.** Der Heiden-tendenz Hans Hoffmann. Anf. des Konzerts 5 Uhr, der So-berstellung 6 Uhr. Entree 15 Pf. Kassefläche. - 3 Regelbahn, russ. Kurichbahn. - Roid: Mr. Otanng u. Mad. Barczlaska kommen. Sensationelle Bühnenneuheit.

## Ziigler-Verein zu Berlin.

Sonabend, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 198/19  
Vereinsangelegenheiten. Begehung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder und Ausgabe der Billets zur **Dampferpartie am 6. Juli.**

## Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 29. Juni, vormittags 10 Uhr, in „Dräsel's Fest-Sälen“, Neue Friedrichstr. 35:  
**Mitglieder-Versammlung**  
der freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins u. Umg.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über den Stand unserer Bewegung und unsere weiteren Maßnahmen. 2. Diskussion. 3. Berichtendes. 31/1  
**Die Lohnkommission.** J. A.: H. Norgal.

## III. Wahlkreis.

Freitag, 27. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:  
**Partei-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Gen. Dr. Bruno Borchardt über: „Arbeitslosenversicherung“. 2. Diskussion. 3. Die Errichtung einer Partei-Expedition im III. Wahlkreise, eventuell Diskussion.  
Regen Besuch erwartet. 212/3  
Der Vertrauensmann.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.  
Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30. Fernsprecher: Amt 7 Nr. 1959.

## Berufsberechtigungen.

**Gesirte-Branche** Montag, den 30. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3.  
**Treibriemen-Branche** Sonabend, den 28. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, bei R. Buske, Grenadierstr. 33.  
**Taschen- und Koffer-Branche** Dienstag, 1. Juli, ab. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, S. 7.  
**Militär-Branche** Sonabend, den 28. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.  
**Linoleumleger u. Teppichnäher** Montag, 30. Juni, ab. 8 1/2 Uhr, bei Sedletzky, Schützenstr. 33.  
**Wagen-Branche** Mittwoch, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Gittler, Eisenstraße 26.  
**Eisenmöbel-Branche** Montag, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Ladewig, Kommandantenstraße 65.  
**Sektion Charlottenburg** Dienstag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, b. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90  
Die Tagesordnungen werden durch Handzettel bekannt gegeben.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.  
157/2

## Vertrauensmänner-Sigung sämtlicher Branchen.

Es ist Ehrenpflicht eines jeden Vertrauensmannes, in dieser Sitzung zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Achtung!

Sonntag, den 20. Juli cr.:  
**Grosse Dampfer-Tagespartie mit Musik**  
nach dem herrlich am Wald und Wasser gelegenen Wirtshaus „Zur Rüden-schanze“ in Hedlitz bei Potsdam.  
Abfahrt vork. 7 Uhr vom Schillerplatz am Bahnhof Friedrichstraße.  
Billets für Hin- und Rückfahrt inkl. Tanz 1.50 M.; Kinder 0.50 M.; unter 10 Jahren, sobald sie keinen besonderen Sitzplatz einnehmen, sind frei.  
Um recht rege Beteiligung ersucht  
Das Komitee. J. A.: Willy Tuschko, Langestr. 103.

## Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung.**

## Drechsler.

Sonabend, 28. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: 75/17  
**Kommissions-Sigung.**

## Achtung! Achtung!

Sonntag, 29. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Oeffentliche Versammlung der Einsetzer Berlins.**  
Tages-Ordnung:  
Schäden und Mängel unserer Branche, und wie sind dieselben zu be-feitigen?  
Pflicht jedes Kollegen ist es, zu erscheinen. 75/19  
Der Einberfer.

## Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, 30. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Der Streik in der Pianofabrik von Schopf, Markshof, und das Verhalten des Hirsch-Dauerschen Gewerksvereins.  
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen der Musikinstrumenten-Branche er-warten. 75/18  
Die Kommissionen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, des Hochvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter.